

---

## Rezensionen / Book Reviews

**Angelika Ebbinghaus / Max Henninger / Marcel van der Linden, 1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive, Akademische Verlagsanstalt: Wien 2009. 227 Seiten. € 25,00**

Während zum 40-jährigen Jubiläum von „1968“ eine Welle von Erinnerungsliteratur erschien, die zwischen staatstragend und denunziatorisch changierte (hier sei nur Götz Aly erwähnt), war dieses Jubiläum auch Anlass für die thematische Ausrichtung der 44. „Linzer Konferenz“ der *International Conference of Labour and Social History* (<http://www.ith.or.at/start/>). Nun ist von dieser Tagung ein schmaler Sammelband erschienen.

Dass sich, wie die HerausgeberInnen betonen, der Blick auf „1968“ als globales Ereignis durchsetzt, ist inzwischen in der Forschung *common sense*. Inwiefern eine solche Perspektive jedoch auch in den Forschungsarbeiten zur Revolte der 1960er Jahre fruchtbar gemacht wird oder doch nur eine Rahmung für die jeweilige nationale Sichtweise darstellt, bleibt nach wie vor zu fragen. An dieser Stelle sei nur auf die Replik auf Detlef Siegfried verwiesen, die Arndt Neumann in der letzten Ausgabe von *Sozial.Geschichte Online* veröffentlicht hat. Neben seiner globalen Perspektive zeichnet den Sammelband aus, sich auch dem „1968“ der Arbeiterbewegung beziehungsweise einem realsozialistischen „1968“ anzunehmen, wenngleich die Dimension einer kulturalistisch geprägten Jugendbewegung nicht außer Acht gelassen wird. So fehlt im Titel bewusst die Bezugnahme auf eine „Studentenrevolte“. In Abgrenzung von einer solchen verengten Sichtweise verweisen die HerausgeberInnen auf Ernesto Screpanti, der betonte, „dass es im Anschluss an ökonomische Wachstumsphasen immer wieder große internationale Streikwellen im Weltmaßstab gegeben habe, so auch in den Jah-

ren 1968 bis 1974“ (S. 11). Beim Blick auf die Makroebene, wie er in der konzisen Einleitung vorgenommen wird, wird deutlich, wie viele Fragen zum Themenkomplex „1968“ noch offen sind. Dies mag ob der Fülle an Literatur zum Thema insbesondere in Deutschland verwundern, trägt aber generellen Erwägungen einer globalen Sozialgeschichte durchaus Rechnung. So ist beim historischen Vergleich beziehungsweise im Rahmen einer Globalgeschichtsschreibung immer zu untersuchen, wo Vergleichbarkeiten überhaupt gegeben sind. Mit dem Verweis auf Etienne François, der von einer „pluralen Einheit“ des globalen „1968“ sprach, fragen die HerausgeberInnen: „Macht es Sinn, beispielsweise die maoistischen Naxaliten in Indien oder eine leninistisch organisierte nationale Befreiungsbewegung in Afrika unter das Konzept dieser ‚pluralen Einheit‘ zu subsumieren, weil sie ebenfalls in den 1960er und 1970er Jahren aktiv waren? Oder überwiegt in diesen Fällen doch eher das Trennende?“ (S. 12)

Den ersten Teil des Bandes bilden Fallstudien, die in erster Linie einen Blick auf die Transnationalität der 68er-Ereignisse werfen sollen. Susanne Weigelin-Schwiedrzik blickt dabei auf die chinesische Kulturrevolution und deren (verkürzte) Rezeption im Westen, wo von den jungen MaoistInnen in ihr eine Kritik am Kapitalismus wie am Sozialismus sowjetischer Prägung erkannt wurde. Interessant ist hierbei, dass die Vermittlung der Ideen der Kulturrevolution auch als wachsender Einfluss der Führung der VR China im internationalen Maßstab interpretiert werden konnte. Beispielsweise fand am 21. Mai 1968 in Peking eine staatlich organisierte Demonstration von 500.000 Arbeitern und Rotgardisten statt, um die Revolte in Paris zu unterstützen (S. 39). Wenngleich Weigelin-Schwiedrziks Beitrag mitunter zu sehr einer sinologischen Binnensicht verhaftet ist, verweist ihr Fazit doch auf spannende Fragen transnationaler Geschichte, vor allem im Bezug auf die Gemeinsamkeiten der Bewegung im Westen: „Die rebellierenden Studierenden in aller Welt halfen der VR China, den Weg zurück in die Gemeinschaft der Staaten zu finden, und erwiesen sich selbst damit einen Dienst, in-

dem sie sich eine Projektionsfläche für ihre Utopien schufen, die sie vereinte und ihre Hoffnung auf Zukunft nährte“ (S. 44).

Als Beispiel dafür, wie der Rollback des Prager Frühlings die Gesellschaften in Osteuropa prägte, untersucht Hannes Lachmann die Reaktionen auf dieses Ereignis in der ungarischen Gesellschaft. Für das kollektive Gedächtnis Ungarns war die Niederschlagung des Aufstands von 1956 lange prägend und auch aus diesem Grunde erwies sich die nachfolgende Phase von Ruhe, Ordnung und Konsum als wirkungsmächtiger als eine Systemkritik à la Prag. Dennoch setzte vor allem bei den ungarischen Intellektuellen ab 1968 ein langsamer Umdenkprozess ein, der schließlich zu den Veränderungen der 1980er Jahre führte, so Lachmann.

Ein Beispiel der Revolte der italienischen Arbeiterklasse liefert Devi Sacchetto mit seiner Mikroanalyse „When Political Subjectivity Takes Root“, in welcher er die organisierte Arbeiter-Autonomie in der Industriestadt Porto Marghera (Veneto) untersucht. Hier gründeten ArbeiterInnen bereits in den frühen 1960er Jahren erste *Potere operaio*-Gruppen, die den Kampf in den Fabriken mit der Arbeit in der Gemeinde verbanden. In Sacchetts Beitrag zeichnet sich ein anderes Bild von „1968“ ab, denn hier führten nicht die Studierenden beziehungsweise die Intellektuellen eine Bewegung an, sondern diejenigen, die in der Produktion arbeiteten. Hier, und nicht nur an den Universitäten in den Metropolen, war *autogestione* ein wichtiges Stichwort, und zwar auch innerhalb der Bewegung: „In order to avoid the pitfalls of representation, emphasis was placed on total participation“ (S. 76). Sacchetto muss allerdings auch zugeben, dass die Realität der angestrebten politischen Selbstverwaltung letztlich doch wieder über ein Delegiertensystem funktionierte und trotz aller Erfolge der Fabrikkämpfe im Italien der 1960er und 1970er Jahren die spätere Normalisierung der Verhältnisse in den Betrieben und Universitäten die Auseinandersetzungen der Vorjahre zum Teil vergessen machte.

Den Fallstudien zur Transnationalität folgt eine Sammlung von Texten, die unter dem etwas konstruierten Titel „Praktische und in-

tellektuelle Netzwerke“ zusammengefasst werden. In diesem Abschnitt macht Paul Benedikt Glatz den Anfang mit seiner Darstellung der GI-Agitation und Hilfe für US-Deserteure während des Vietnamkriegs in Europa. Er schildert zunächst die zeitgenössischen Diskussionen um die Frage, ob ein Widerstand innerhalb der US-Armee möglich sei oder nicht. So gründeten US-Deserteure 1968 in Paris die Organisation RITA („Resistance Inside the Armed Forces“), während andere Gruppen die Desertion für den einzigen Weg hielten, Widerstand zu leisten. Wichtig war jedoch für alle Gruppen die Kooperation mit europäischen FriedensaktivistInnen. Am Beispiel der Desertionskampagnen wurden schließlich auch Fragen nach dem strukturellen Rassismus in den USA gestellt, die nicht zuletzt auch Klassenfragen waren. Vor allem afro-amerikanische GIs meuterten inzwischen immer häufiger. Wie Glatz deutlich macht, verstärkten Desertionen und Anti-Vietnam-Kampagnen die Furcht vor einer Desintegration der Armee bei den dort Verantwortlichen: „In der Folge war Anfang der 1970er Jahre das Funktionieren von Teilen der US-Streitkräfte ernsthaft gefährdet, und Offiziere warnten vor einem Kollaps“ (S. 107). Auch angesichts dessen, dass im Rahmen der Studentenrevolte immer wieder über die mangelnde praktische Wirksamkeit von Aktionen geklagt wurde, stellte die aktive Unterstützung von Deserteuren für europäische FriedenaktivistInnen eine wichtige Erfahrung dar. Schließlich „synchronisierten und konkretisierten europäische Protestgruppen den internationalen Vietnamprotest durch transnationale Zusammenarbeit um die Themen GI-Protest und Desertion“ (S. 109).

Eine für die westeuropäische Rezeptiongeschichte spannende Darstellung liefert auch Boris Kanzleiter mit seiner Untersuchung des Verhältnisses der Neuen Linken zur Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Dass Jugoslawien eine durchaus eigenständige Form des Sozialismus aufwies, die auch Elemente einer Arbeiterselbstverwaltung beinhaltete, ist mit dem nationalistischen Backlash und den Zerfallsprozessen der letzten 25 Jahre weitgehend in Vergessenheit geraten. Doch war in den 1960er Jahren die französi-

sche Forderung nach *autogestion* auch in Jugoslawien aufgenommen worden, sowohl von der Partielite, die ihren Weg des Sozialismus bestätigt sah, als auch von kritischen Intellektuellen und Studierenden, die sich schließlich um 1968 am offenen Protest gegen die Nomenklatura beteiligten, hier allerdings im Namen des Sozialismus. Nun wurde die „wahrhaftige“ Selbstverwaltung gefordert, und zwar jenseits wirtschaftlicher Effizienzerwägungen, welche die staatliche Politik prägten. Neben einem international vernetzten intellektuellen Aufbruch, der sich vor allem in der berühmten „Praxis“-Gruppe kristallisierte, war es jedoch vor allem eine unabhängige Arbeiterbewegung, welche die Idee einer Arbeiterselbstverwaltung ernst nahm: ein Indikator für die auf dieser Grundlage entstehenden Konflikte mit den Betriebsleitungen ist, dass zwischen 1958 und 1969 in Jugoslawien nicht weniger als 1.732 Streiks offiziell registriert wurden. Im Westen wurden die jugoslawischen Diskussionen mit Interesse wahrgenommen, jedoch eher vom linkssozialistischen Spektrum und sogar von Teilen der damaligen SPD. Betrachtet man die fortgeschrittenen jugoslawischen Debatten jener Zeit jedoch von ihrem Ende her, bleibt eher ein trauriger Eindruck: So verband Milosevic bei seinem Aufstieg in den 1980er Jahren im Rahmen seiner „anti-bürokratischen Revolution“ die Bürokratiekritik der „Praxis“-Gruppe mit seinem nationalistischen Populismus.

Inwiefern die kubanische Revolution (mehr jedenfalls als die realsozialistische Politik Kubas danach) einen Referenzpunkt für die globalen Bewegungen der 1960er Jahre darstellte, untersucht David Mayer in seinem Beitrag. Vor allem die „Guerilla-Mentalität“, wie Rudi Dutschke sie nannte, hinterließ in Lateinamerika und Europa einen tiefen Eindruck bei unorthodoxen AktivistInnen: „1968 not only occurred *within* Latin America, it also radiated outward from Latin America“ (S. 133). Hier bliebe anzumerken, dass der gegenüber der verblichenen Strahlkraft des sowjetischen Modells wachsende Einfluss des kubanischen Guerilla-Paradigmas sowie der Kulturrevolution unter Mao noch eingehendere Untersuchungen wert wäre, wenn man die Neue Linke verstehen will.

Im folgenden, kürzeren Abschnitt „Nachwirkungen, Folgen und Hypotheken“ vergleicht Ilse Lenz die neuen Frauenbewegungen in der Bundesrepublik und Japan. Während hier über die deutsche Variante nicht viel Neues zu erfahren ist, ist an der japanischen Bewegung bemerkenswert, wie dort versucht wurde, der rationalisierten und bürokratisierten Politik autonome Subjektivität und Eros von Frauen gegenüber zu stellen. Auf lange Sicht gesehen weisen beide Bewegungen jedoch ähnliche Strukturmerkmale auf, wie Lenz zum Beispiel anhand der kritischen Vermittlung von *öffentlich* und *privat* zeigt. Schließlich entstand in beiden Ländern ungefähr zeitgleich eine Massenbewegung, die bis heute eine Reihe rechtlicher Reformen erkämpfen konnte.

Max Henninger vergleicht im Anschluss, wie sich in der BRD beziehungsweise in Italien die antiautoritäre Revolte zum bewaffneten Kampf entwickelte. Zwar skizziert Henninger hier präzise die Ursprungsbedingungen für das Entstehen verschiedener Stadtguerilla-Gruppen, doch ist das hier Ausgeführte im Wesentlichen schon bekannt. Interessanter wäre in diesem Zusammenhang sicher gewesen, die Diskussionen, die es zwischen deutschen und italienischen Stadtguerillas gab, nachzuzeichnen und zu analysieren. Dies würde nämlich auch die vielfältigen Dissonanzen und unterschiedlichen Analysen im transnationalen Rahmen aufzeigen und einem allzu homogenen Bild der „pluralen Einheit“ von „1968“ widersprechen.

Ein Verdienst dieses Bandes, dessen Beiträge, wie dies bei Tagungsbänden nun mal so ist, in Länge und Erkenntnisvermittlung variieren, ist eine weiterführende Zusammenfassung von Peter Birke am Schluss. Birke hinterfragt in seinem Beitrag kritisch die entsubjektivierte Bewertung der 68er Revolte als letztlich System-affine „Innovation“ oder „Modernisierung“. Berechtigterweise geht er der Frage nach, ob Proteste in ihrer Nachwirkung nur mehr als „Katalysator“ zu verstehen seien und zeichnet dabei den Forschungsdiskurs der Einbettung von „1968“ in die kulturelle Moderne nach. Der teleologischen Grundannahme, dass sich nach „1968“

letztlich alles zum Guten gewandt habe, was auch in vielen Biografien der inzwischen arrivierten ProtagonistInnen seinen Grund haben mag, widerspricht Birke vehement: „Der Fokus liegt dabei auf dem Fortschritt der (Sozial)technik. Argumentiert wird in einer Sprache, die diesem Feld nahe ist: Begriffe wie ‚Lern- und Optimierungsprozesse‘, ‚Normierungs, Anpassungs- und Steuerungstechniken‘. Der Fortschritt hat hier kein Subjekt, konstituiert sich nicht im Konflikt, vielmehr regiert eine Geisterhand, die alles zum Guten wendet“ (S. 210). Im Modernisierungsdiskurs gelten demnach Konflikte „nicht als Ausdruck grundlegender Antagonismen, sondern als ‚Entwicklungshemmnisse‘“ (S. 211). Dabei, so Birke, wäre „1968“ auch von einer anderen Seite her zu beleuchten, nämlich mit den sich ausbreitenden autoritären Diktaturen von Griechenland bis Chile im Blick. Hierin liegt schließlich die globale Ambivalenz einer „Modernisierung“. Bei allen festzustellenden Liberalisierungstendenzen seit 1968 bleibt es doch zweifelhaft, „ob die Autonomie, die heute in unserer Gesellschaft propagiert wird, das ist, was in den Revolten der 1968er Jahre ‚eigentlich gemeint war‘“ (S. 216).

Interessant wäre es an dieser Stelle weiter zu diskutieren, was ein solcher Befund für Ausrichtung und Selbstverständnis heutiger Bewegungen bedeuten könnte. Ist eine revolutionäre Fundamentalopposition möglicherweise deshalb heute nicht mehr so *en vogue*, weil der Blick auf die Folgen der 68er-Revolution nur zu deutlich gezeigt hat, was von ihr übrig blieb? Es zeigt sich also mit den spannenden Fragen, die dieser Sammelband aufwirft, dass zu „1968“ noch lange nicht alles gesagt ist.

*Hanno Balz*

**Christian Koller, Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950), LIT Verlag: Münster u. a. 2009. 672 Seiten. € 59,90**

Christian Koller verarbeitet eine große Menge an Literatur und anderem Material, doch über 600 Seiten schrecken erst einmal ab. Als weiteres Lesehindernis erscheint die sehr schematische Anordnung des Buches. Von jedem beschriebenen Streik wird zuerst der Streikablauf beschrieben, dann die Akteur\_innen, die Handlungsformen und schließlich die Diskurse. Die Auswahl der Fallbeispiele wird mit einer gleichmäßigen Verteilung auf einer Zeitachse sowie der Handlungs- und Diskursintensität begründet (S. 40), was mir aber nur teilweise schlüssig erscheint. Die großen österreichischen Streiks kommen vor, der Jännerstreik 1918 und der Oktoberstreik 1950, der Schweizer Landesstreik, ein Generalstreik im November 1918, der sich tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben hat, allerdings nicht. Auch die Entwicklungen zwischen den Streiks hätten ausführlicher beschrieben werden können. Manches erschließt sich durch die Streikbeschreibungen, die oft (beinahe) ohne Vorgeschichte dastehen, einige Male wird ein allgemeines historisches Wissen über die Geschichte beider Länder vorausgesetzt.

Nach der Überwindung dieser Lesehindernisse wurde ich allerdings in das Buch hineingezogen und es erschlossen sich Erkenntnisse über streikkulturelle Veränderungen und Entwicklungen, die dieses Buch absolut empfehlenswert machen, und das nicht nur, weil es für die untersuchten Streiks – soweit ich es beurteilen kann – die greifbare Quellenlage ausschöpft, wodurch es für weitere Forschungen unverzichtbar wird.

In den methodischen Einführungen wird nicht nur der aktuelle Forschungsstand zu Streiks in der Schweiz und in Österreich dargestellt, sondern auch darauf eingegangen, inwiefern der Text die Perspektiven der bisherigen Streikforschung ergänzt. Vor allem will Koller die Ausblendung der Geschlechterperspektive überwinden.

Dabei geht es ihm nicht nur darum, die vorhandenen Darstellungen gegen den Strich zu lesen, um zu sehen, wie „Frauen“ an die Öffentlichkeit treten. Vielmehr geht es ihm um eine „Analyse normativer und faktischer Geschlechterrollen im Streikgeschehen“ (S. 20), wobei sich diese nicht nur auf das Verhältnis „öffentlich-privat“, sondern auch auf die Körperpolitik bezieht. So etwa, wenn die Befürworter\_innen eines Streiks von Textilarbeiterinnen (in Wien 1893) mit dem Schutz des weiblichen Körpers argumentieren, mit Alter und Schönheit. Bei Männern wäre das kaum vorstellbar (S. 260). Im Gegensatz zu den meisten Untersuchungen über die Streikgeschichte einzelner Länder berücksichtigt Koller, ob sich Frauen an Streiks beteiligten und wenn ja, an welchen Aktionsformen. Er fragt auch, wer im Laufe der Streiks sprach (und wer schwieg). Und er reflektiert, dass Frauen als Streikende von Exponent\_innen der organisierten Arbeiter\_innenbewegung anders behandelt wurden als Männer (S. 262 f.). Immer wieder werden männerbündische Tendenzen in der Streikorganisation diskutiert.

Kollers Buch zeichnet sich auch dadurch aus, dass er die Sprache der Streikenden analysiert (S. 21). Oft setzten sich im Kreise der Streikbefürworter\_innen militärische Metaphern durch. Die Rhetorik sollte den disziplinierten und planmäßigen Charakter der Arbeitsniederlegungen ausdrücken, wobei sie gleichzeitig den immer wiederkehrenden Vorwurf dementieren wollte, dass die Streikenden einen undisziplinierten, von ausländischen oder auch jüdischen Drahtziehern aufgehetzten Pöbel darstellten (S. 250 f.). Neben der Analyse der Sprache berücksichtigt Koller auch die Rolle der „Emotionen“ (S. 22 f.). Gerade der Geschichtsschreibung der Arbeiter\_innenbewegung war es wichtig, stets vor allem anderen die „Vernunft“ zu betonen, wodurch wichtige Motive der Streikenden systematisch ausgeblendet wurden. So wurde zum Beispiel der Frage nach der Bedeutung des Festcharakters vieler Streikveranstaltungen kaum nachgegangen. Die österreichische Arbeiter\_innenbewegung erkannte die Rolle der Emotionen (ohne sie zu theoretisieren) und

organisierte neben der Arbeiter\_innenbildung gerade den kulturellen Bereich.

„Sprache“ und „Emotionen“ sind aus Kollers Sicht Grundlagen des Streikgeschehens (er verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff „Performanzen“: S. 24 f.). Koller spricht nicht nur über den Ausstand und seine Dauer, sondern auch über die damit zusammenhängenden Aktionsformen wie Versammlungen und Demonstrationen. Unter den von ihm untersuchten Fällen gibt es kaum Streiks ohne „Straßenpolitik“. Ein Ausdruck der Performanz war die „Gewalt“ (S. 26 f.). Die emotionalen Dispositionen der Gewalt werden ebenso diskutiert wie die versuchte Verhinderung derselben vermittels eines Appells an die Disziplin der Arbeiter\_innenbewegung. Interessanterweise ist es nicht so, dass die Straßenkrawalle besonders männlich geprägt waren. Im Gegenteil, selbst bei völlig männerdominierten Streiks wurden die Auseinandersetzungen auf der Straße auch von Frauen und Jugendlichen oder Kindern getragen (S. 139).

Ein weiterer Perspektivenwechsel gegenüber der bisherigen Streikforschung deutet sich in der Behandlung des „Raumes“ an (S. 29 f.). Die Bewegung der Streikenden wird nicht nur als etwas Negatives diskutiert, das heißt in Abgrenzung zur Fabrik und als Exodus aus ihr, sondern auch als Aneignung von Repräsentationsorten der Unternehmer\_innen oder der staatlichen Macht, zum Beispiel im Rahmen von Demonstrationen. Dabei war es selbstverständlich wichtig, wo die Fabrik und wo die hauptsächlich von Arbeiter\_innen bewohnten Bezirke lagen. Bei den „Streiks der Zürcher Maurer, Zimmerleute und Metallarbeiter“ 1906 (S. 131 ff.) mussten „Streikbrecher“ durch das Arbeiter\_innenviertel Außersihl transportiert werden; diese Transporte provozierten häufig Konflikte. Außerdem grenzte Außersihl an das bäuerliche Albisried, wo Gegner\_innen der Streiks organisiert wurden und auch militant gegen die Streikenden vorgingen.

Schließlich werden die Streiks auch in ihrem internationalen Zusammenhang gesehen. So lässt sich feststellen, dass vor dem Ersten Weltkrieg Schweizer Streikbrecher\_innen häufig im Ausland rekrui-

tiert wurden (in der Österreich-Ungarischen Monarchie war das nicht notwendig), was danach praktisch nicht mehr passierte. Andererseits konnte vor dem Ersten Weltkrieg mehr auf internationale Solidarität gebaut werden als danach, was die Spendensammlungen für Streiks in ganz Europa und bis hin nach Übersee zeigten.

Die Struktur des Buches ist, wie eingangs erwähnt, sehr schematisch. Es wird immer zuerst die allgemeine Streiktätigkeit der jeweiligen Phase beschrieben, einschließlich der institutionellen Strukturen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände der Unternehmer\_innen, staatliche Einflussnahme). Dann werden die Streiks geschildert (Ablauf, Akteur\_innen, Handlungsformen, Diskurse), anschließend wird ein Zwischenfazit formuliert. Der erste Abschnitt beschreibt acht schweizer Streiks zwischen 1860 und 1918, anschließend sieben österreichische aus demselben Zeitraum, zwei in der Schweiz von 1918 bis 1937, drei in Österreich von 1918 bis 1934 (bis zur Errichtung des Ständestaates) und schließlich zwei in der Schweiz von 1937 bis 1950 und zwei in Österreich von 1934 bis 1950. Das Zusammenwürfeln von österreichischem Ständestaat und österreichischer Nachkriegszeit ist nicht ganz einleuchtend. Auch fehlen österreichische Streikbeispiele aus der Zeit von 1938 bis 1945, wohingegen ein schweizer Streik aus dem Jahr 1940 (in der Werkzeugmaschinenfabrik Bührle und Co.) untersucht wird.

Zum Schluss möchte ich genauer auf den Streik im September und Oktober 1950 in Österreich eingehen, weil dadurch sichtbar wird, wie der Text von Koller die Streikgeschichte bereichert. Der „Oktoberstreik 1950“ war lange als bedeutendes Streikereignis in Erinnerung, weil in den Kalten Krieg eingeschrieben, allerdings ist er mittlerweile weitgehend aus der kollektiven Erinnerung verdrängt worden. Koller bringt eine genaue, relativ „neutrale“ Beschreibung, indem er die Protagonist\_innen zitiert, aber auch klar macht, wer aus welcher Position spricht. Bezeichnenderweise gibt es keinen Quellentext, der die Positionen der Arbeiter\_innen einnimmt, es gibt die Positionen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und die Positionen gegen den Streik. Koller zitiert

neben der veröffentlichten Literatur Diplomarbeiten und Dissertationen sowie Akten des Österreichischen Staatsarchivs und der Botschaften der Besatzungsmächte, was den schiefen Winkel der Quellen aber nicht korrigiert.

Hintergrund des Streiks war, dass die Lohn-Preis-Abkommen (LPA), ausverhandelt zwischen der Regierung, der Wirtschaftskammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, sowohl Lohn- als auch Preissteigerungen unter Kontrolle halten sollten. Da den (relativ geringen) Lohnerhöhungen aber keine Preisbeschränkungen folgten, stieg der Unmut von Abkommen zu Abkommen. Am 23. September 1950 wurde das vierte LPA in der *Arbeiter-Zeitung* angekündigt. Die KPÖ organisierte Betriebsversammlungen und am Montag, den 25. September, wurden einstündige Warnstreiks durchgeführt. Am Tag darauf demonstrierten Zehntausende in Linz und Steyr in der amerikanischen Besatzungszone sowie einige Tausend in den vier Wiener Besatzungszonen. In einer Reihe von Betrieben, unter anderem in der gesamten Großindustrie, wurde die Arbeit niedergelegt, in Wien wurden Polizeisperren durchbrochen. Am 27. und 28. September breiteten sich die Streiks in ganz Österreich aus, in Linz wurden kurzzeitig das Rathaus und die Arbeiterkammer (AK) von Streikenden besetzt. Die AK-Führung wurde zum Rücktritt gezwungen und der AK-Präsident Heinrich Kandl wurde sogar mit einem Fenstersturz bedroht. Die KPÖ und die KPÖ-dominierten Betriebsräte traten für eine Streikunterbrechung und eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz am Samstag, den 30. September ein. Während bei der VOEST in Linz und in Steyr weitergestreikt wurde, bröckelte der Streik aufgrund der Ankündigung der Betriebsrätekonferenz fast überall ab. Die Konferenz beschloss ein Ultimatum zur Rücknahme des LPA bis zum 3. Oktober 1950. Am 4. Oktober beteiligten sich dann fast nur noch Kommunist\_innen an Streiks und Demonstrationen. Straßenbahnen und Zugverbindungen wurden blockiert, in Niederösterreich wurden einzelne Postämter besetzt. In Wien organisierte der Chef der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft Franz Olah Rollkommandos, die

sich an der Niederschlagung der Demonstrationen beteiligten. Am 5. Oktober „entschied sich das als Streikexekutive fungierende Präsidium der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz mit 400 gegen 3 Stimmen für den Abbruch des Streiks“ (S. 474). In Kollers Beschreibung geht es um die teilweise beschwichtigende Rolle von KP-Funktionär\_innen gegenüber (meist spontanen) Gewalttätigkeiten in der ersten Phase des Streiks, weniger darum, dass die KPÖ beteiligt war am Abwürgen der Spontaneität (wobei offen bleibt, inwiefern die Streiks nicht auch unabhängig von den Verlautbarungen der KPÖ abgebrockelt wären).

Die Akteur\_innen waren in Wien zwar hauptsächlich, aber nicht ausschließlich Partei-Kommunist\_innen, in Oberösterreich kamen Anhänger\_innen der VdU (Verband der Unabhängigen, Vorläuferin der FPÖ), aber auch viele Anhänger\_innen der SPÖ hinzu. „Nicht die streikenden Arbeiter waren die ‚nützlichen Idioten‘ der KPÖ: Es war genau umgekehrt: Die Arbeiter ‚benutzten‘ die Kommunistische Partei als Druckmittel gegen eine Politik, mit der sie nicht einverstanden waren“, zitiert Koller den Wirtschaftshistoriker Fritz Weber (S. 479). Die KPÖ hätte sich angesichts der politischen Situation gar nicht leisten können, *nicht* zu Protesten aufzurufen, es gab eine starke Empörung der (streikenden) Arbeiter\_innen, wofür Koller einige Beispiele bringt. Bezeichnenderweise gab es im damaligen Diskurs für die nicht parteigebundenen Beteiligten den Ausdruck „Wilde“. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte der Einschätzung Kollers nach das Ziel, „den Streik totlaufen zu lassen, ohne dass die KPÖ das Gesicht verlor“ (S. 489). Während die Streiks entsprechend der Beschäftigungsstruktur in der Industrie männlich dominiert waren, beteiligten sich Frauen in großer Zahl an den (auch militanten) Demonstrationen. Die Gewalttätigkeit von Demonstrant\_innen wurde teils als Beleg für einen angeblichen Putschversuch durch die KPÖ behandelt, doch auch die Streikgegner\_innen konnten nicht von sich sagen, zurückhaltend und gemäßigt vorgegangen zu sein. Im Gegenteil: Ihr Diskurs befürwortete Gewalt und auch der Einsatz von Gendarmerietruppen mit aufgesetztem

Bajonett und Olahs Schlägertrupps waren nicht gerade gewaltfrei. Die *Arbeiter-Zeitung* beschrieb, wie motorisierte Einsatzkommandos, gebildet aus etwa 2.000 mit Holzknüppeln bewehrten Bauarbeitern, „in kurzer Zeit die Kommunisten – nicht ganz ohne Gewalt – davon überzeugten, dass der Verkehr nicht behindert werden dürfe“ (S. 485).

Eine für den Streik von 1950 charakteristische Handlungsform waren die zahllosen Betriebsversammlungen, auf denen über Beteiligung, Fortsetzung oder Abbruch der Arbeitsniederlegung entschieden wurde (S. 491). An der Betriebsrätekonferenz am 30. September beteiligten sich über 2.000 Personen. Das waren zwar nicht mehr als zehn Prozent der österreichischen Betriebsräte, doch waren Delegierte aus praktisch allen Großbetrieben vertreten. Demonstrationen waren die zweite wichtige Aktionsform: Bei Streikausbruch bildeten sich Demonstrationzüge, die von den Fabriken Richtung Stadtzentrum zogen. Die Demonstration am 4. Oktober war planvoller organisiert als die Demonstrationen in der Woche davor: „Die Marschierenden wurden von Radfahrern flankiert und es fuhren in dem Zug mehrere Lautsprecherwagen mit, die Musik sendeten“ (S. 493). Im Rahmen der Demonstrationen kam es zu Tötlichkeiten. Der Sturm auf die Gebäude (in Linz das Rathaus und die AK) wird von Koller als Ausdruck „eine[r] quasi-revolutionäre[n] Stimmung, in der die Machtverhältnisse mit einem Schlag geändert schienen“ beschrieben (S. 495 f.). Koller verallgemeinert diese Einschätzung später und sieht die Oktoberbewegung als Bruch mit den üblichen Formen des politischen Handelns in der Nachkriegszeit: „Hatte sich bei früheren Streikunruhen das ‚Straßenvolk‘ mit der Verhöhnung solcher [...] Orte sowie dem Einwerfen von Fensterscheiben begnügt, so wurden 1946 das Stadthaus von Genf und 1950 das Rathaus von Linz sowie die oberösterreichische Arbeiterkammer gestürmt“ (S. 507). Der angedrohte Fenstersturz des AK-Präsidenten Kaindl wird als „Demütigungsritual“ analysiert (S. 496). Neben Verkehrsblockaden von Eisen- und Straßenbahnen wurden auch Preiskontrollen in Geschäften durchgeführt (S. 497). Die Ge-

walttätigkeit auf allen Seiten könnte nach Koller mit dem sich fortsetzenden gewalttätigen Klima des noch nicht weit zurückliegenden Krieges zu tun gehabt haben. Auch die Streikgegner\_innen führten Betriebsversammlungen durch, ebenso Demonstrationen. Außerdem organisierten sie nach dem endgültigen Abbruch des Streiks eine Siegesfeier.

Das Buch ist ein unverzichtbares Nachschlagewerk zu großen und wichtigen Ereignissen der österreichischen und schweizerischen Streikgeschichte. Die Arbeitskämpfe werden detailgetreu und aus erweiterter Perspektive beschrieben. Der Text bestätigt einige Erkenntnisse, erschließt aber auch neue. Ein spannendes und lesenswertes Buch, dessen Preis allerdings ein Anschaffungshindernis darstellt. (Vielleicht sollte wieder damit begonnen werden, Raubdrucke zu produzieren.)

*Robert Foltin*

**L´HOMME. Europäische Zeitschrift für feministische  
Geschichtswissenschaft, Gender und 1968, 20. Jahrgang,  
Heft 2, Wien 2009. 170 Seiten. € 19,90**

Dieses Heft von L´HOMME ist eine Bereicherung für die Debatte um „1968“, da es etliche Aspekte aufgreift, die sonst nicht untersucht werden. Die von Ingrid Bauer und Hana Havelkova herausgegebene Ausgabe will „Fragen nach den Geschlechterordnungen der Protest- und Oppositionsbewegungen in verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas“ nachgehen und greift damit weit über den oft nur additiven Umgang mit feministischen Fragestellungen innerhalb der historiographischen Debatte zu „1968“ hinaus.

Die Hälfte des Heftes machen vier Aufsätze aus, die aus einer im Mai 2008 in Prag abgehaltenen internationalen Konferenz resultieren. Im ersten dieser Texte untersucht Claudia Kraft, inwiefern in den Reformbewegungen und dissidenten Zirkeln die Forderungen nach universalen, also für Männer und Frauen gleichermaßen gel-

tenden Menschenrechten den Blick auf die Asymmetrien des Geschlechterverhältnisses versperrten. Hana Havelkova analysiert in einer Länderstudie die Geschlechter- und Frauendiskussion in der Tschechoslowakei im Vorfeld und in Folge des „Prager Frühlings“. Dessen Vorgeschichte war stark von einer technokratischen Modernisierung staatlicher Politik geprägt, alternative Diskurse entstanden erst später, unter anderem ausgelöst durch den Import westlicher feministischer Literatur. In den beiden ersten Aufsätzen wird sehr gut gezeigt, dass Privatheit in den staatssozialistischen Ländern als vor dem Staat zu schützender abgeschlossener und abgegrenzter Raum definiert wurde, während doch die „westliche“ Frauenbewegung „das Private“ erst politisieren, also auch öffentlich machen wollte. Hinzu kommt die auf eine Reform des Sozialismus orientierende starke Betonung universaler Menschenrechte im oppositionellen Diskurs, die die Bedeutung des asymmetrischen Geschlechterverhältnisses tendenziell ausblendete.

Mineke Buschs Aufsatz thematisiert die Entwicklung in den Niederlanden, in denen das Jahr „1968“ nicht durch besonders herausragende politische Konfrontationen geprägt war, und auch deshalb retrospektiv vor allem durch die Folie eines Generationenkonfliktes hindurch interpretiert wird. Busch dekonstruiert diese stark durch die damals beteiligten AkteurInnen geprägte Lesart. Konkret schildert sie, wie ein öffentlicher Kuss zwischen einem der wenigen damals offen homosexuell lebenden Männer und der Kulturministerin – der ersten Frau, die in den Niederlanden ein politisches Spitzenamt innehatte – starke Debatten auslöste. Irene Branhauer-Schöffner widmet sich sodann der Frage, wie die Medien die Präsenz von Frauen in bewaffneten Organisationen in der Bundesrepublik kommentierten und konstruierten. Das dort entstandene Bild wertete die Teilnahme von Frauen am bewaffneten Kampf zwar als Emanzipationsstrategie, brachte dadurch aber auch die neu entstandene zweite Frauenbewegung in Verbindung mit dem „Terrorismus“. Die Anliegen der Frauenbewegung sollten diskriminiert werden. Wie die Frauenbewegung darauf reagierte und die Debatte um

den Terrorismus führte, untersucht Branbauer-Schöffel anhand der vier Bewegungszeitschriften „Courage“, „Die schwarze Botin“, „EMMA“ und „AUF“.

Den Band schließen kürzere Kommentare und Interviews zur Geschichte der 1968er Jahre in Holland, der Schweiz, Österreich und (West-)Deutschland ab. Sie illustrieren nachhaltig, dass sich, analog zu den Spaltungen der auf 1968 folgenden Bewegungen, auch die Erinnerungspolitik herrschaftsförmig und geschlechter-spezifisch konfigurierten, was sich nur teilweise mit der Problematik der „ZeitzeugInnen als HistorikerInnen“ erklären lässt; eine Rolle spielte auch, dass in Tradierungspraktiken immer auch Machtverhältnisse eingeschrieben sind. Ein Rezensionsskizze zu vier autobiographischen Büchern von Beteiligten am amerikanischen *Weatherman* rundet das Heft ab.

Die Beiträge des lesenswerten Heftes vermitteln neues Wissen und neue Interpretationen, die aus der Flut an Literatur zum 68er-Jubiläum positiv herausragen. Ihre kritischen Impulse und Fragen sollten bei der nun einsetzenden Historisierung der 1970er und 1980er Jahre beachtet, weiterentwickelt und vertieft werden.

*Bernd Hüttner*

**Volker Friedrich Drecktrah (Hg.), Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des „Deutschen Herbstes“, Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung: München 2010. 280 Seiten. € 42,90**

Das Forum Justizgeschichte e. V. hat sich als Zusammenschluss kritischer AkteurInnen, die sich gegenüber dem konservativen Feld der Justiz positionieren, aber auch innerhalb seiner agieren, große Verdienste erworben. Das Forum widmet sich seit über zehn Jahren der Erforschung und Darstellung der deutschen Rechts- und Justizgeschichte des 20. Jahrhunderts. Im Herbst 2006 hat es sich auf einer Tagung mit der Entstehung und der Geschichte der Roten Ar-

mee Fraktion (RAF) und den Wechselwirkungen zwischen RAF und Justiz beschäftigt.

Der erst jetzt erschienene Sammelband enthält einige Beiträge, die getrost überblättert werden können, da zum Beispiel die zwei Artikel von Wolfgang Kraushaar und Tobias Wunschik nur wiederholen, was von den beiden andernorts schon ausgiebig unter totalitarismustheoretischen und antikommunistischen Vorzeichen veröffentlicht wurde. Gisela Diewald-Kerkmann untersucht Erklärungsmuster, die in Justiz und Öffentlichkeit für die Teilnahme von Frauen am Terrorismus Verwendung fanden. Immerhin enthalten alle drei bis hierhin erwähnten Artikel einige Statistiken zu den jeweils untersuchten Gegenständen. Andere wiederum, wie der Artikel von Andreas Funke zur Staats- und Verfassungsraison im Verhältnis zur Problematik der (versuchten) Freipressung von RAF-Gefangenen oder der Beitrag von Thomas Henne über das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichtes zur RAF argumentieren so juristisch, dass sie von NichtjuristInnen kaum zu verstehen sind.

Spannend sind die Beiträge, die sich konkreter mit dem Selbstverständnis und dem Handeln der Justiz befassen. Ingo Müller, ehemaliger Professor an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Hamburg und Mitglied des Vorstandes des Forums Justizgeschichte, untersucht, wie das nach den ersten Prozessen gegen Naziverbrecher liberalisierte Strafprozessrecht wieder zurückgeschnitten und vor allem die Rechte der VerteidigerInnen im Laufe der 1970er Jahre nach und nach eingeschränkt wurden. Kurt Groenewold, der als deren Anwalt selbst an mehreren Strafprozessen gegen Angehörige der RAF beteiligt war, berichtet über die institutionellen Repressionen und die mediale Hetze, der die AnwältInnen seinerzeit ausgesetzt waren. Hellmut Pollähne schildert detailliert und mit vielen Hinweisen auf Quellen aus der grauen Literatur das von etlichen Widersprüchen und Differenzen gekennzeichnete Verhältnis der politischen Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe e. V. zur RAF und umgekehrt. Dieser kenntnisreiche Beitrag stammt aus dem Arbeitszusammenhang um Hartmut Rübner und Markus Mohr, der dem-

nächst eine umfangreiche Publikation zur Geschichte der (neuen) Roten Hilfe von 1968 bis 1980 vorlegen wird. Jacco Pekelder stellt schließlich die öffentlichen und juristischen Reaktionen auf die RAF in den Niederlanden dar. Diese fanden 1978 ihren Höhepunkt, als drei Mitglieder der RAF nach Schießereien in niederländische Haft kamen und im Anschluss an Deutschland ausgeliefert wurden. Die geschichtspolitische Folie, vor der sich dieser Konflikt abspielte, war die der deutschen Besetzung der Niederlande über 30 Jahre zuvor: Die niederländische Linke interessierte sich auch schon vor 1977 stark für die Vorgänge in ihrem Nachbarland und engagierte sich partiell gegen die Repressionsmaßnahmen des „Modells Deutschland“.

Zusammenfassend finden sich zwar einige interessante Artikel in dem Band, zu kritisieren bleibt jedoch, dass seine Vielfalt fast schon an Beliebigkeit grenzt, zumal die in ihm vertretenen, teilweise konträren Positionen nicht reflektiert oder gar diskutiert werden.

*Bernd Hüttner*

**Jonas Scherner, Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Franz Steiner Verlag: Stuttgart 2008. 319 Seiten. € 49,00**

Bereits der Titel des Buches klingt sperrig und so bleibt es auch in weiten Teilen des Inneren. Die Habilitationsschrift von Jonas Scherner macht es den Lesern nicht einfach. Scherner ergeht sich in Vertragsdetails und ist teilweise in einer wirtschaftswissenschaftlichen Fachsprache verfangen. Auch das Thema wirkt auf den ersten Blick alles andere als spannend: Letztlich untersucht der Autor, welche Vertragsformen beim Industrieanlagenneubau im Dritten Reich zwischen Staat und Wirtschaft gewählt und wie die Verträge ausgestaltet wurden. Kam es zu Wirtschaftlichkeitsgarantie-, Pacht-, Zuschuss- oder Risikoteilungsverträgen? Doch wer ob dieser techni-

schen Termini abwinkt, begeht einen Fehler. Scherner gelingt es mit der in der Forschung bisher weitgehend vernachlässigten Untersuchung von Wirtschaftsverträgen grundsätzliche Fragen über den Zusammenhang von Staat und Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland erneut aufzuwerfen und vielfach schlüssiger zu beantworten, als dies bisher gelungen war.

Konkret untersucht Scherner die Investitionsentscheidungen und die staatliche Förderung in einigen Branchen, die als von der NS-Politik besonders begünstigt und gefördert gelten, weil sie für die Aufrüstungs- und Autarkiepolitik von Bedeutung waren. Dies sind konkret die synthetische Treibstoff- und Kautschukindustrie inklusive einiger vorgelagerter Investitionsgüterproduktionen, die halbsynthetische Chemiefaserindustrie, die Kupfer-, Zink- und Bleigewinnung und -verhüttung, sowie die Aluminium-, Tonerde-, Glycerin- und Salpetersäureproduktion.

Die Ergebnisse, die Scherner durch seine Detailanalysen der Verträge hervorbringt, sind beeindruckend und sie widerlegen viele gängige Thesen. So wird insbesondere anhand der Gründung der Reichswerke Hermann Göring durch den NS-Staat immer wieder postuliert, dass dieser das generelle Ziel gehabt hätte, Teile der Wirtschaft zu verstaatlichen. Scherner zeigt an einer Vielzahl von Beispielen, dass das genaue Gegenteil der Fall war. Wo immer es ging, versuchte der Staat Projekte in private Hände zu geben. Nur wenn bei als vordringlich erachteten Maßnahmen keine privaten Interessenten gefunden wurden, griff der Staat zur Unternehmensgründung.

Schnerer weist des Weiteren nach, dass auch im Dritten Reich das vorrangige Ziel der Unternehmensleitungen die Profitmaximierung blieb. Dementsprechend verhielten sich die deutschen Unternehmen ähnlich wie zum Beispiel angloamerikanische, wenn der Staat mit Investitionswünschen an sie herantrat. Die kurz- und die langfristigen Gewinnerwartungen wurden abgeschätzt und gemäß dieser wurde mit dem Staat verhandelt. Dabei gingen die Unternehmen von einer nur vorübergehenden hohen Staatsnachfrage

nach ihren Gütern aus. Deswegen kalkulierten sie in den Vertragsverhandlungen im Regelfall deren Abflauen mit ein und entschieden auf dieser Grundlage darüber, ob die Produktion aufgenommen werden sollte und welche Vertragsform zu wählen sei.

Der NS-Staat seinerseits bemühte sich, seine Ausbauwünsche möglichst kostensparend durchzusetzen (S. 81). Wichtig für die Vertragsverhandlungen war von staatlicher Seite, welche Mitspracherechte die jeweilige Vertragsform beinhaltete. Das größte Problem für den Staat blieb jedoch die ungleiche Informationsverteilung, welche den Unternehmen in den Verhandlungen Vorteile verschaffte. Der NS-Staat versuchte deswegen, so wie andere Staaten auch, verschiedene Unternehmen nach Möglichkeit gegeneinander auszuspielen. Dies gelang am besten in den Branchen, in denen eine Vielzahl von Unternehmen aktiv war und konkurrierte. Nur geringe Chancen hatte der Staat dort, wo der Markt von einem oder wenigen Unternehmen kontrolliert wurde.

Generell wurden auch in der NS-Zeit die Verträge zwischen Unternehmen und Staat auf freiwilliger Basis abgeschlossen (S. 282). Nur in wenigen Fällen versuchte der Staat Druck auszuüben und wenn, war er damit auch nur bedingt erfolgreich. Deswegen musste der Staat finanzielle Anreize setzen, wenn er Unternehmen zur Investition in Bereichen animieren wollte, die diesen nicht rentabel erschienen. Durch das große Staatsinteresse konnten die Unternehmen aber mitunter auch Zuschüsse in Bereichen erhandeln, die von ihnen selbst durchaus als zukunftssträftig angesehen wurden. So kommt Scherner zu dem Ergebnis, dass in vielen Autarkiebranchen, insbesondere in den Bereichen Aluminium und Chemiefasern, auch ohne die Förderung durch den NS-Staat vermutlich ein deutliches Wachstum eingesetzt hätte, wenn auch vielleicht nicht im selben Ausmaß, wie real geschehen (S. 222 und 264 f.). Allerdings hätten beispielsweise die Investitionen in die Kupfergewinnung aus Sicht der Unternehmen wenig Sinn gemacht, wenn sie nicht vom NS-Staat so stark gefördert worden wären (S. 262 f.).

Anhand seiner genauen Vertragsanalysen gelingt es Scherner im Ergebnis, viele generelle Annahmen zum Verhältnis von Privatwirtschaft und NS-Staat zu widerlegen. So dürfte sich die unter anderem von Gerhard Mollin, Richard Overy und Peter Hayes behauptete Dominanz der Befehlswirtschaft spätestens ab 1936/37 nunmehr endgültig in das Reich der Legenden verweisen lassen. Auch die in der Forschungsliteratur immer wieder angeführte Gefahr von Zwangsverstaatlichungen beurteilt Scherner als ausgesprochen gering. Es bleibt zu hoffen, dass sich eine größere Zahl von Lesern trotz der Sperrigkeit des Textes der Lektüre des Buches widmet, denn sie werden dafür mit äußerst interessanten Innenansichten zur Wirtschaftsverfassung des Dritten Reiches belohnt. Die Wahrscheinlichkeit ist jedenfalls äußerst hoch, dass Scherners Buch zu einem der unverzichtbaren Standardwerke zum Verhältnis von NS-Staat und Privatwirtschaft wird.

*Marc Buggeln*

**Matthew Connelly, Fatal Misconception: The Struggle to Control World Population, The Belknap Press of Harvard University Press: Cambridge, MA / London 2008. 522 Seiten. € 28,99**

Mit seiner ehrgeizig angelegten und akribisch recherchierten Studie hat sich Matthew Connelly das Verdienst erworben, die erste Globalgeschichte der Bevölkerungspolitik im 20. Jahrhundert verfasst zu haben. Connelly betont einleitend, dass sich Regierungen zwar zu allen Zeiten mit Fragen der „Bevölkerungskontrolle“ befasst haben, von einer „Weltbevölkerungspolitik“ jedoch erst seit dem 20. Jahrhundert die Rede sein könne (S. 8). Die von ihm rekonstruierte Geschichte des internationalen *population control movements* ist dabei zugleich die Geschichte eines Scheiterns, denn „the fate of population control was ultimately decided by people who would not be controlled. They included immigrants who subverted institutional-

ized racism, litigants who challenged compulsory sterilization, officials who risked their careers by declining to coerce others, and countless millions who refused to reproduce according to some global [...] plan“ (S. 15).

Connelly lässt die Geschichte im Jahr 1877 beginnen, als sich die Sozialisten Charles Bradlaugh und Annie Besant in London vor Gericht dafür verteidigen mussten, dass sie eine Broschüre zur Empfängnisverhütung veröffentlicht hatten. Besant bemühte im Gerichtshof malthusianische Argumente und warnte, die Vernachlässigung der Geburtenkontrolle ziehe unweigerlich Kriege, Hungersnöte und Seuchen nach sich. Das mutet nicht zuletzt deswegen grotesk an, weil sich damals in England ebenso wenig wie in anderen europäischen Ländern eine von Bevölkerungsdruck gekennzeichnete Zukunft ankündigte. Die 1880er und 1890er Jahre sollten vielmehr von der Durchsetzung des Kleinfamilienideals, sinkenden Geburtenraten und rückläufiger Kindersterblichkeit geprägt sein (S. 20). Zudem sollten zwischen 1880 und 1915 rund 32 Millionen Europäer in andere Erdteile auswandern, mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte des Kontinents (S. 27).

Zugleich nahm die europäische Binnenmigration Ende des 19. Jahrhunderts beträchtliche Ausmaße an. Die im Entstehen begriffene Wissenschaft der Demographie erlaubte es, Ein- und Auswanderungsbewegungen genauer nachzuvollziehen. Daran konnten Überlegungen zur idealen Größe, aber auch zu einer möglichst günstigen sozialen und ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung anschließen. Immer häufiger waren Rufe nach einer verschärften staatlichen Kontrolle der Migration zu hören – nach einer „sozialen Buchführung“, wie sie Alphonse Bertillon Ende der 1870er Jahre für Frankreich propagierte (ebd.).

In anderen Erdteilen waren zur Zeit von Bradlaughs und Besants Gerichtsverfahren tatsächlich gravierende Hungersnöte und Seuchen zu verzeichnen: Die erste der vom El-Niño-Phänomen in Brasilien, Nordafrika, Indien, China und auf den Philippinen ausgelösten Dürreperioden setzte 1876 ein und führte zu den von Mike

Davis in seiner Studie zur *Geburt der Dritten Welt* geschilderten Katastrophen. Allein in Indien und China sollten im nächsten Vierteljahrhundert zwischen 30 und 60 Millionen Hungertote zu verbuchen sein (S. 28). Vor allem die Berichte aus China führten in Europa und Nordamerika zur Vorstellung, dass mit einer verstärkten Einwanderung hungriger, mit der autochtonen Bevölkerung um Arbeit und Einkommen konkurrierender Chinesen zu rechnen sei. In Kalifornien kam es im Juli 1877 zu Ausschreitungen gegen chinesische Einwanderer, 1882 sollte der US-amerikanische Kongress die chinesische Einwanderung gänzlich unterbinden (S. 33 ff.). Die „gelbe Gefahr“ wurde zum internationalen Topos. Der Präsident des Massachusetts Institute of Technology, Francis Walker, warnte vor der Bedrohung des US-amerikanischen Erbguts durch „vast hordes of ignorant and brutalized peasantry“ (S. 38), während der deutsche Geograph Friedrich Ratzel Berichte über die „chinesische Frage“ in Kalifornien verfasste und daran anschließend den Jargon des „Lebensraums“ prägte (S. 40). Der Topos der „gelben Gefahr“ wurde auch in der britischen, französischen und deutschen Arbeiterbewegung vielfach aufgegriffen.

Innerhalb der sich mit Bevölkerungsfragen beschäftigenden europäischen Intelligenz wurden bereits die ersten Grabenkämpfe ausgetragen. Malthusianer vom Schlage Besants mussten sich mit der von der entstehenden Eugenikbewegung vorgetragenen Kritik auseinandersetzen, sie würden durch ihre Propagierung der Geburtenkontrolle die „natürliche Zuchtwahl“ gefährden. Die Eugenikbewegung trug entscheidend dazu bei, dass Bevölkerungsfragen immer häufiger nicht bloß als „quantitative“, sondern als „qualitative“ verhandelt wurden. Dabei verfolgten die Eugeniker mit ihrer Kritik an den Malthusianern nicht etwa das Ziel, Geburtenkontrolle vollends zu tabuisieren; vielmehr redeten sie einer selektiven Anwendung von Verhütungs- und Sterilisationsmaßnahmen das Wort.

Als nach 1918 die Sorge um die demographischen Folgen des Ersten Weltkriegs umging, hatte sich der eugenische Ansatz bereits weitgehend durchgesetzt. Aus dem französischen Innenministeri-

um waren Mitte der 1920er Jahre Warnungen vor einer die *grande nation* bedrohenden „Flut“ von „Orientalen und Slaven“ zu vernehmen (S. 57). US-amerikanische Vertreter der Eugenikbewegung konnten 1924 den *National Origins Act* durchsetzen, der eine drastische Drosselung der süd- und osteuropäischen Einwanderung in die USA bewirkte. Im Bundesstaat Kalifornien wurden erste Sterilisationsgesetze auf den Weg gebracht; allein 1931 wurden dort mindestens 7.500 Menschen sterilisiert (ebd.). Autoren wie Lothrop Stoddard und Prescott Hall setzten sich für eine Eugenik im Weltmaßstab (*world eugenics*) ein und propagierten den Aufbau von „dams against the color races“ (S. 55). Das von ihnen unterstellte rasante Bevölkerungswachstum Asiens und Afrikas war, wie Connelly betont, eine Fiktion: Tatsächlich sank der Anteil der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung an der Weltbevölkerung in diesen Jahren auf seinen historischen Tiefstwert von 60 Prozent (S. 57).

Die für die Geschichte der Weltbevölkerungspolitik folgenreichste Entwicklung der 1920er Jahre war die Allianz zwischen der Eugenikbewegung und der von der US-amerikanischen Feministin und Sozialistin Margaret Sanger begründeten bevölkerungspolitischen Bewegung, die das damals verbreitete Bild eines *race war* mied und den unverfänglicheren Begriff *birth control* prägte. Ähnlich wie Annie Besant verstand es Sanger, durch Provokationen, Skandale und Gerichtsverhandlungen auf sich und ihre bevölkerungspolitischen Anliegen aufmerksam zu machen. Sie veröffentlichte in ihrer illegal vertriebenen Zeitschrift *The Woman Rebel* Informationen zur Empfängnisverhütung, eröffnete in Brooklyn eine Abtreibungsklinik und drohte nach ihrer Verhaftung mit einem Hungerstreik. Vor allem stach Sanger durch ihre auch in späteren Jahren sehr ausgeprägte Reisefreudigkeit hervor. Auf Reisen nach Asien und Europa knüpfte sie Kontakte, die entscheidend zum späteren Erfolg des *population control movement* beitragen sollten. Sanger war maßgeblich an der Vorbereitung der bedeutendsten internationalen bevölkerungspolitischen Konferenzen der 1920er

Jahre beteiligt, von der 1925 in New York City abgehaltenen *International Neo-Malthusian and Birth Control Conference* bis hin zur 1927 in Genf abgehaltenen *World Population Conference*. Freilich sollten diese Konferenzen noch nicht die von Sanger angestrebte Einheit, sondern vielmehr die Gespaltenheit der verschiedenen bevölkerungspolitischen Initiativen zum Ausdruck bringen. Diese Gespaltenheit sollte 1931 noch deutlicher zu Tage treten, als außer einem von Sanger in Zürich organisierten bevölkerungspolitischen Kongress noch drei weitere, von der *World League for Sex Reform*, der *International Union for the Scientific Investigation of Population Problems* und Corrado Ginis *Comitato italiano per lo studio dei problemi della popolazione* veranstaltete Kongresse abgehalten wurden.

Die Häufung solcher Veranstaltungen, aber auch von Veröffentlichungen wie Friedrich Burgdörfers *Sterben die weißen Völker?* (1934) und Henri Decugis' *Le destin des races blanches* (1935), zeigt, dass sich das Interesse an bevölkerungspolitischen Theoremen nochmals gesteigert hatte. Auch waren eugenische Gesetze nun weiter verbreitet als je zuvor: Nicht nur im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland waren solche Gesetze in Kraft, sondern auch in zahlreichen Ländern Nord-, Zentral- und Südamerikas sowie Asiens. Die koordiniert vorgehende internationale Bewegung, die Sanger vorschwebte, stand jedoch noch aus. Sanger unternahm 1930 einen neuen Anlauf zum Aufbau einer solchen Bewegung, indem sie mit dem Soziologen Henry Pratt Fairchild die *Population Association of America* gründete und eine voluminöse Korrespondenz mit japanischen, chinesischen und indischen Bevölkerungstheoretikern unterhielt. Vor allem in Indien war eine rege, unter Publizisten und Politikern ausgetragene Debatte um Bevölkerungsfragen in Gang. Das indische Bevölkerungswachstum belief sich zwar lediglich auf ein Prozent im Jahr, doch ließ bereits dieses niedrige Wachstum für das kommende Jahrzehnt eine Vergrößerung der Bevölkerung um beinahe 33 Millionen erwarten (S. 90), was den Parlamentarier Imam Hossain „class warfare“ und „violent revolution“ in den ärmeren Provinzen befürchten ließ (S. 92).

Tatsächlich sollte die indische Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg für ihre aggressiven Bemühungen um eine Drosselung des Bevölkerungswachstums bekannt werden. Diese Bemühungen sollten in Europa und Nordamerika wohlwollend beobachtet und vielfach unterstützt werden. Wer glaubte, bevölkerungspolitische Programme hätten durch den Nationalsozialismus eine endgültige Diskreditierung erfahren, sah sich eines Besseren belehrt. Die internationale Empörung über die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik ging zwar mit einer weitgehenden Verurteilung explizit eugenischer Praktiken einher. Weniger anstößig wirkende Programme der „Geburtenkontrolle“ stießen jedoch zunehmend auf Interesse, und das nicht zuletzt auch innerhalb der Vereinten Nationen. Dazu trug auch der in Kolonialstaaten wie England und Frankreich immer häufiger zu vernehmende Hinweis auf die erneut steigenden Geburtenraten in Kolonien wie Britisch-Indien, Marokko, Algerien und Tunesien bei. Der Leiter der US-amerikanischen *Division of Territories and Island Possessions*, Ernest Gruening, setzte sich aktiv für die Drosselung des puertoricanischen Bevölkerungswachstums ein, unter anderem, indem er gegen den Widerstand katholischer Organisationen die Verabschiedung eines Sterilisationsgesetzes durchsetzte. Theoretiker der in diesen Jahren entstehenden internationalen Entwicklungspolitik nahmen zudem zur Kenntnis, dass die Weltbevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, seinen bestürzenden Todeszahlen zum Trotz, jährlich um 15 Millionen Menschen angewachsen war (S. 115). Der Hinweis auf die wachsenden Bevölkerungen insbesondere Asiens sollte schon bald zur Rechtfertigung bevölkerungspolitischer Programme bemüht werden. Der erste Generaldirektor der UNESCO Julian Huxley forderte früh die Formulierung einer „world population policy“ (S. 123) und der Leiter der *UN Population Division* Frank Notestein erklärte 1947 mit Blick auf Asien: „We need to know how to reduce birth rates in an agrarian society“ (S. 134). Auch ökologische Argumente zur Drosselung des Weltbevölkerungswachstums entfalteten in den Nachkriegsjahren einen gewissen Einfluss, unter anderem aufgrund

von Veröffentlichungen wie Fairfield Osbornes *Our Plundered Planet* und William Vogts *Road to Survival* (beide 1949).

Mittlerweile hatte der US-amerikanische Philanthrop John D. Rockefeller III begonnen, sich für Bevölkerungsfragen zu interessieren; seine Stiftung sollte zu einem der entscheidenden Finanziere des *population control movement* werden. Auf einer von Rockefeller angeregten privaten Diskussionsveranstaltung, die im Juni 1952 in Virginia abgehalten wurde, diskutierten die Teilnehmer (darunter auch Vogt und Osborn) in einem ausgesprochen rassistischen Jargon über das asiatische Bevölkerungswachstum und seine vermeintlichen Konsequenzen für die Zukunft der „westlichen Zivilisation“. Vor allem aber wurde dort der Aufbau des *Population Council* in die Wege geleitet. Im November 1952 gegründet, sollte diese Organisation neben der drei Wochen später ins Leben gerufenen und bis 1959 von Margaret Sanger geleiteten *International Planned Parenthood Federation* (IPPF) entscheidend zur Umsetzung von bevölkerungspolitischen Programmen in einer Vielzahl von Ländern der „Dritten Welt“ beitragen.

Die Sterilisationskampagnen, die im Indien der 1950er und 1960er Jahren mit Unterstützung des *Population Council* und des IPPF durchgeführt wurden, zählen zu den rabiatesten bevölkerungspolitischen Eingriffen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Connelly beschreibt außer diesen Kampagnen auch die Bemühungen des IPPF um die Entwicklung möglichst kostengünstiger und effektiver Verhütungsmittel. Intrauterinpressare galten lange als Favorit, denn, so formulierte der New Yorker Mediziner Alan Guttmann, „[n]o contraceptive could be cheaper, and also, once the damn thing is in the patient cannot change her mind“ (S. 205). Aufschlussreich sind auch Connellys Ausführungen zu dem bei der Rand Corporation beschäftigten Ökonomen Stephen Enke. Dieser machte erstmals auf einem 1964 in New York abgehaltenen IPPF-Kongress auf sich aufmerksam, indem er einen Zusammenhang zwischen erfolgreicher Drosselung des Bevölkerungswachstums und Steigerung des Bruttosozialprodukts herstellte. Enkes Theoreme gelangten über

einige Umwege auch Präsident Lyndon B. Johnson zu Ohren, woraus sich dessen berüchtigte Aussage erklärt, fünf in die Bevölkerungskontrolle investierte Dollar seien so viel wert wie hundert in die Wirtschaftshilfe investierte (S. 207–213).

Als „system without a brain“ (so die Überschrift des siebten Kapitels) beschreibt Connelly das bevölkerungspolitische Establishment der späten 1960er und frühen 1970er Jahre. Einerseits hatten die mit der Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen beschäftigten Organisationen – zu ihnen zählte nun außer dem *Population Council*, der IPPF und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen auch die Weltbank – noch nie über so umfangreiche finanzielle Mittel verfügt wie in diesen Jahren. Andererseits war aber auch nicht mehr zu leugnen, dass selbst die ambitioniertesten der bisher durchgeführten Kampagnen keine auch nur entfernt den erklärten Zielen entsprechende Drosselung des Weltbevölkerungswachstums bewirkt hatten. Die Einsicht in diesen Sachverhalt führte zu einem noch aggressiveren Vorgehen. So wurden etwa im indischen Bundesstaat Gujarat in nur 60 Tagen 223.060 Sterilisationen vorgenommen – „a new world record“, wie ein Lokalbeamter feststellte (S. 293). Zudem fielen die Betreiber bevölkerungspolitischer Programme nun durch eine zunehmend martialische Rhetorik auf, indem sie etwa Intrauterinipessare mit Schusswaffen verglichen („Although the IUD is another weapon in the war against hunger, its effective firepower in destroying the enemy is limited by its 40% failure rate“) (S. 206).

Die entscheidende Wende in der Geschichte der Weltbevölkerungspolitik sieht Connelly in dem 1974 in Bukarest abgehaltenen Weltbevölkerungskongress, den er als „Waterloo“ des *population control movement* bezeichnet (S. 316). In Bukarest wurden die bevölkerungspolitischen Programme der vergangenen Jahrzehnte in ungewohnter Schärfe kritisiert: teils von Vertretern katholischer Länder wie Peru, Italien und Irland, teils aber auch von Delegierten aus den blockfreien Staaten. Insbesondere die neokolonialen und frauenfeindlichen Züge der Weltbevölkerungspolitik wurden the-

matisiert, wobei es Feministinnen wie Germaine Greer und Betty Friedan vorbehalten blieb, letztere anzusprechen. Hinzu kam die Thematisierung der verheerenden gesundheitlichen Folgen der vom *Population Council* propagierten Verhütungs- und Sterilisationsmethoden durch eine spontan gegründete *Anti-Malthusian Coalition*. Eine Woche nach Beginn des Kongresses hielt Rockefeller eine Rede, in der er zur Überraschung seines Publikums eine „deep and probing reappraisal of all that has been done in the population field“ forderte (S. 315).

Die Rückschläge, die der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und die IPPF in Bukarest erlitten, setzten der Weltbevölkerungspolitik nicht etwa ein Ende, doch sie trugen maßgeblich zu deren Niedergang bei. Eine mindestens ebenso bedeutende Entwicklung setzte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Indien ein. Dort riefen die anhaltenden Sterilisationskampagnen, die der offiziellen Statistik zufolge 1.174 Tote forderten (S. 324), wachsenden Unmut hervor, der sich schließlich in der Abwahl Indira Gandhis im Jahr 1977 äußerte. Auch in anderen asiatischen Ländern, etwa in Pakistan und auf den Philippinen, wurden bevölkerungspolitische Programme nun in einem Ausmaß kritisiert, das deren fehlende demokratische Legitimation vollends deutlich machte. Die Regierungen dieser Länder taten sich mit der Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen zunehmend schwer. Um einen weltweiten Trend handelte es sich bei diesem *backlash* gegen die Bevölkerungspolitik freilich nicht, denn die späten 1970er und frühen 1980er Jahre waren auch die Zeit, in der die chinesische Ein-Kind-Politik entwickelt und mit Methoden umgesetzt wurde, die den aus Indien bekannten kaum nachstanden. Auch in Bangladesch kam es Anfang der 1980er Jahre zu brutalen bevölkerungspolitischen Kampagnen.

Dennoch sah sich das internationale *population control movement* zunehmend in die Enge getrieben. Das ging nicht zuletzt auf den Anfang der 1980er Jahre einsetzenden Aktivismus internationaler feministischer Koalitionen wie dem *Women's Global Network*

*for Reproductive Rights* und *Development Alternatives with Women for a New Era* (DAWN) zurück, die sich unter anderem auf der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 Gehör verschafften. Es waren vor allem diese feministischen Koalitionen, die neun Jahre später, auf der 1994 in Kairo abgehaltenen Weltbevölkerungskonferenz, die maßgeblichen internationalen Organisationen zu einer unmissverständlichen Distanzierung von den Programmatiken des *population control movement* und zur Verpflichtung auf die reproduktiven Rechte von Frauen zwangen. Seit 1994 kann aus Connellys Sicht nicht mehr von einer Weltbevölkerungspolitik die Rede sein. Daraus folgt freilich nicht, dass Fragen der Bevölkerungsentwicklung kein Politikum mehr darstellen. Connelly ist sich dessen bewusst, wie die lesenswerten Überlegungen zeigen, die er in seinem Schlusskapitel zu den durch die Pränataldiagnostik eröffneten Möglichkeiten einer „individualisierten“ Bevölkerungskontrolle anstellt.

Positiv hervorzuheben ist an Connellys Buch, dass es sich nicht in der bloßen Rekonstruktion bevölkerungspolitischer Diskurse verliert, sondern die zentralen Aussagen solcher Diskurse beharrlich mit der Empirie abgleicht und gegebenenfalls auf ihren kontrafaktischen Charakter hinweist. Eine weitere Stärke ist, dass Connelly immer wieder auf nicht eingeschlagene Entwicklungspfade hinweist. So macht er etwa mehrfach darauf aufmerksam, dass die Dominanz nordatlantischer Akteure innerhalb der Weltbevölkerungspolitik noch Mitte des 20. Jahrhunderts keine ausgemachte Sache war. Kritisch anzumerken bleibt, dass Connelly manchmal etwas sprunghaft von einem nationalen Kontext zum anderen wechselt. Auch wäre es nicht falsch gewesen, wenn er etwas ausführlicher auf einen der wichtigsten Gegenspieler des *population control movement* eingegangen wäre: die katholische Kirche. *Fatal Misconception* bleibt nichtsdestotrotz die kenntnisreichste Studie zum Thema Weltbevölkerungspolitik, die bis heute verfasst worden ist; ihre Lektüre sei allen Interessierten wärmstens empfohlen.

*Max Henninger*

**Walden Bello, Politik des Hungers, Assoziation A, Berlin / Hamburg 2010. Aus dem Englischen von Max Henninger. 200 Seiten. 16,00 €**

Walden Bello beschreibt, wie Agromultis, IWF und Banken, Entwicklungshilfe, Politikberater, verschiedene NGOs und UN-Organisationen, westliche Geopolitik sowie der Ausverkauf von Ländern zusammenwirken. Es ist ein Krieg gegen die „unproduktiven“ Esser, gegen die Hungernden. Inzwischen sind das mehr als eine Milliarde Menschen. Hinzu kommen all diejenigen, die derzeit im Subsistenzanbau noch über die Runden kommen, es aber unter den gegenwärtigen Bedingungen auf Dauer nicht schaffen werden – es handelt sich dabei um nicht weniger als ein Drittel der Weltbevölkerung. Wir könnten, aus der Perspektive des globalen Nordens, in dieser Situation auf den Einfallsreichtum jener Betroffenen setzen, die es ja immerhin bis jetzt geschafft haben, zu überleben. Dieser Weg ist vielleicht sogar der einzig wirklich erfolgsversprechende, aber er ist mit großen Verlusten verbunden. Wir könnten zugleich auf modellhafte Anbauprojekte setzen, wie Vandana Shiva es tut (siehe ihr Buch *Soil not Oil*), und solche Modelle sind zweifellos notwendig. Doch nach wie vor sind wir darauf angewiesen, uns an Analysen zu orientieren, die Licht in unser Verhältnis zu den Hungernden der Welt bringen – Analysen, die vielleicht Handlungsoptionen eröffnen, die sich nicht auf vorschnelle Lösungsvorschläge einlassen und die das Ausmaß der Katastrophe nicht verschleiern. Hier ist Walden Bellos Buch ausgesprochen hilfreich. Das Buch hilft uns, darüber nachzudenken, wie wir uns in der Welt positionieren: als Profiteure des Kolonialismus und eines Jahrhunderts der Extreme oder als kosmopolitische aktive Menschen, die ihrer Mitverantwortung für den Hunger in der Welt nicht ausweichen wollen.

In der Einleitung beschreibt Bello die Preissteigerungen für Nahrungsmittel bis 2007 und die Nahrungsmittelrevolten der Jahre 2007 und 2008. Er setzt sich mit der orthodoxen Begründung der Preiskrise auseinander, um die erste und zentrale Aussage des Buchs

dagegen zu stellen: Der Untergang des Bauerntums findet nicht statt, die totgesagten Kleinbauern versuchen vielerorts in der Welt ihr Stückchen Land zu erhalten, als Ausgangsort von Mobilisierungs- und Migrationsprozessen, aber auch als Ort des Rückzugs. Dabei erreichen diese Bauern auf ihren Parzellen eine Produktivität, die vielerorts höher ist als die industrielle. In der Krise nehmen Re-Migrationsprozesse zurück auf das Land zu und die Eigenproduktion von Lebensmitteln wird zum Unterpfand des Überlebens. Jan Douwe van der Ploeg hat diesen Prozess in seinem jüngsten Buch, *The New Peasantries*, als „*repeasantization*“ beschrieben. Die Rolle des Lands im Kontext der sozialen Bewegungen, im Kontext der Archipel-Ökonomien, der Überlebensökonomie von unten, wäre in der Tat eine noch weit ausführlichere Untersuchung wert. Es handelt sich zweifellos um eines der zentralen Felder, auf denen die Selbstorganisation der Unterklassen sich mit dem globalen Kapitalismus konfrontiert. Eine gesicherte Ernährung für alle Menschen ist nur im Kontext nicht-kapitalistischer und lokal selbstbestimmter Landwirtschaft möglich.

Das erste Kapitel des Buches beschreibt zunächst den Ausgangspunkt der Agrarkapitalisierung, die Einhegungen in England und die Entwicklung internationaler Getreidemärkte – dies unter Bezug auf die großen amerikanischen Soziologen der 1970er Jahre, Barrington Moore und Immanuel Wallerstein. Sodann beschreibt Bello eine Abfolge dreier globaler Agrifood-Regimes. Zuerst das Agrifood-Regime, das sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Kontext des klassischen Imperialismus entwickelte und das im Wesentlichen aus zwei Produktionstypen bestand: einerseits die Weizen- und Viehproduktion der Siedler-Landwirtschaft, vor allem in der Neuen Welt, welche auf Familienproduktion beruhte und die Grundnahrungsmittel für die sich industrialisierenden Metropolen zulieferte, andererseits das System kolonialer Produktion, das den europäischen Märkten Genussgüter und Rohstoffe zulieferte. In den Kolonien entwickelte sich ein Dualismus von Plantagenwirtschaft für den Export und bäuerlicher Subsistenzökonomie, wobei letztere

gezwungen war, auf schrumpfenden Parzellen eine wachsende Bevölkerung und eine ebenfalls wachsende Anzahl prekariisierter Plantagenarbeiter zu ernähren. Clifford Geertz hat diesen kolonialen Mechanismus in Bezug auf Indonesien als „*agrarian involution*“ beschrieben. Zu ähnlichen Entwicklungen kam es in Lateinamerika in Form der Haziendas und in Teilen Afrikas in Systemen, die Charles Bettelheim als „Erhaltungs-Auflösung“ der bäuerlichen Reproduktion bezeichnet hat.

Ein zweites Agrifood-Regime verknüpft Bello mit der Weltfinanzordnung von Bretton Woods. Die Staaten des Nordens betrieben eine weitgehend protektionistische Agrarpolitik, der Familienbetrieb war weiterhin die Hauptstütze der Produktion, aber er war integriert in ein industrielles System mechanischer und chemischer Inputs sowie industrieller Weiterverarbeitung und Vermarktung. Im Süden nahm dieses Regime die Form einer „Entwicklungspolitik“ unter der Ägide der Weltbank und der Grünen Revolution an, die schließlich, unter dem Druck des verlorenen Vietnamkriegs und im atomaren Patt, auch die Entwicklung des Kleinbauerntums in ihren Zielkatalog aufnahm – allerdings um den Preis, dass einige hundert Millionen Menschen in den Berechnungen der Weltbank schlicht und einfach als nicht mehr existent behandelt wurden. An die Stelle der „Entwicklungspolitik“ und der Investitionen in die Produktivität der Armen trat in den 1980er Jahren zunehmend die „Strukturanpassung“. Der IWF übernahm das Regime – bis Anfang der 1990er Jahre in mehr als neunzig Ländern. Die Politik des IWF bereitete das Terrain für das industrielle Agrobusiness und die transnationalen Saatgut- und Nahrungsmittelkonzerne. Es kam zur Verdrängung der bäuerlichen Produktion und zur Abhängigkeit peripherer Regionen von Nahrungsmittelimporten – bis dann im Mahlstrom der Krisenzyklen der blanke Hunger hervortrat. „Die Strukturanpassung hat die bäuerlichen Landwirtschaften der Welt wahrscheinlich schlimmer verwüstet als irgendeine andere soziale oder natürliche Kraft“ (S. 44). Bello beschreibt in diesem Zusammenhang wesentliche Momente der gegenwärtigen, neuen Phase

der *global governance* und der Interessen der Agroindustrie, wobei er insbesondere die Gentechnik als Mechanismus hervorhebt, der den Bauern und kleinen Farmern die Kontrolle über die Produktion entzieht. Die neueste Entwicklung, nämlich der Ausverkauf riesiger fruchtbarer Ländereien an global agierende Investoren und die Abdrängung der ursprünglichen Bevölkerung, wie sie etwa von Thomas Fritz in *Peak Soil* beschrieben wird, war zu dem Zeitpunkt, als Bello dieses Buch schrieb, noch nicht erkennbar.

Der Hauptteil des Buchs beschreibt die Auswirkungen der IWF-Strukturprogramme in ausgewählten Regionen der Welt: ein Kapitel über Mexiko und die Tortilla-Krise, eins über die Philippinische Reiskrise und ein – notwendig kursorisches – Kapitel über die Zerstörung der afrikanischen Landwirtschaft. Es wird die willentliche Zerstörung der Subsistenzkulturen durch die IWF-Diktate beschrieben, zugleich fallen Streiflichter auf den Zusammenhang von Migration, Remittenden und Subsistenzproduktion in Mexiko oder auf das kurze Maiswunder von Malawi. Für Afrika hat die Weltbank derweil eine neue *grand strategy* entwickelt: Kommerzialisierung der großen Flächen, kombiniert mit „geschützten“ Reservaten der Subsistenzkultur, wohin die „überschüssige“ Bevölkerung abgedrängt werden soll. Diese neue Strategie für Afrika erhärtet den Eindruck, dass ein wesentliches Element des globalen Kapitalismus in der Vertreibung von Bevölkerungen aus Regionen besteht, die von geostrategischem Interesse und in Wert zu setzen sind. Wenn diese Strategie greifen würde, dann hätten alle Verbesserungen der Subsistenzkultur letztlich den Charakter einer verbesserten Reservatsverwaltung. Aber so weit sind wir noch nicht. Die Subsistenzzonen sind auf vielerlei Weise zum Ausgangsort und letzten Garanten der sozialen Konfrontation mit dem globalen Kapital geworden. Noch gibt es Territorien, die gehalten und neu besetzt werden können – die Bewegung der landlosen Arbeiter in Brasilien ist sicher das prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel.

Ein Kapitel über China darf in so einem Buch nicht fehlen. Wahrscheinlich ist es richtig, dass „China mit nur 8% des weltweit

verfügbaren Bodens ungefähr 20% der Weltbevölkerung ernährt und dabei noch immer einen Selbstversorgungsgrad von 90% aufweist“ (S. 117). Aber diese Erfolgsmeldungen, die auf dem „Goldenen Zeitalter“ der frühen 1980er Jahre beruhen, stehen auf erodierenden Grundlagen. Dass der Hunger in China weitgehend besiegt sei, ist nur eine Zwischenmeldung. Urbanisierung und der Verlust fruchtbaren Lands, die Zunahme fleischverzehrender Mittelschichten und entsprechend steigende Sojaimporte sind unverkennbare Trends: „Das Schicksal der chinesischen Bauern ist bislang vielleicht noch mehr als das der anderen Bauern mit Fragen der Ernährung, der Armut, des Wohlstands, der Stabilität und der Krisen verbunden gewesen. Während sich die bäuerliche Bevölkerung der Vereinigten Staaten zwischen 1900 und heute von 60 auf weniger als ein Prozent verkleinert hat, ohne dass es zu nennenswerten Unruhen gekommen ist, sind makroökonomische Umbrüche in China immer mit der Furcht vor bäuerlichen Unruhen und oft auch mit tatsächlichen Agrarrevolten einhergegangen. Heute ist das noch mehr der Fall als je zuvor“ (S. 123). Steht China ein Aufstand der Bauern bevor oder wäre eine Entwicklung denkbar, in der die Parteiführung ein neues Bündnis mit den Bauern schließt und den Weg der Industrialisierung modifiziert? Wenn Brasilien das Land des MST ist und Indien das des Hungers und der Selbstmorde, dann ist China das Land, in dem die Bauern und Bauernarbeiterinnen dem Regime und seiner Modernisierungsdespotie unmittelbar gegenüberstehen.

Es folgt ein Kapitel über Biotreibstoffe, in dem dargelegt wird, auf welchen Wegen Energiesicherheit für den Norden mit extremer Ausbeutung und Hunger im Süden erkaufte wird. Am Ende des Buches stellt Bello unter der Überschrift „Widerstand und der Weg in die Zukunft“ zunächst drei unterschiedliche Bewegungsprofile vor: den koreanischen Bauern Lee Kyung Hae, Mitglied der *Korean Peasant League*, der aus Protest gegen die WTO einen altruistischen Selbstmord beging, sodann die Bauern um José Bové, die bekannt wurden, als sie im französischen Millau den Rohbau einer McDo-

nalds-Filiale demolierten, und schließlich Joano Pedro Stédile und den MST, die Bewegung der landlosen Bauern, die in Brasilien so überaus erfolgreich agiert, dass sie fast zum Prototypen einer neuen Bewegungsform erklärt werden könnte – nicht zuletzt deshalb, weil es dieser Bewegung gelingt, sowohl die Landlosen in den Agrarzonen wie auch die Menschen in den Favelas zu mobilisieren. Allerdings muss man bedenken, dass der MST im Windschatten von Lulas Reformismus agiert (ein Grund für seinen Erfolg, den Bello nicht nennt). Die genannten Aktivisten haben sich mit anderen Bauernaktivisten in der Organisation *La Via Campesina* zusammengeschlossen, die, 1993 gegründet, inzwischen 148 Organisationen aus 69 Ländern umfasst. *La Via Campesina* führt einen Kampf an zahlreichen Fronten, sowohl gegen die G8- und WTO-Gipfel wie auch gegen die Doha-Runde in Genf; zuletzt unterstützte sie den Marsch von zehntausend haitianischen Bäuerinnen gegen die Zentrale von Monsanto am 4. Juni 2010. Die Organisation vertritt ein Konzept der „Ernährungssouveränität“, welches auf lokale Nahrungsmittelproduktion in „ländlicher und produktiver Vielfalt“ zielt. Dabei sind die Saatgut-, Agrotechnik- und Nahrungsmittelkonzerne zwangsläufig die ersten Gegner, während die Staaten eher als Bollwerke gegen das globale Kapital gesehen werden. Walden Bello verweist auf die Parallelen zum Konzept der Deglobalisierung, welches seine Organisation, *Focus on the Global South*, ausgearbeitet hat.

Alternativen zum globalen Kapital, wie sie diese Konzepte beschreiben, sind für ein Drittel der Menschheit überlebensnotwendig. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, welche sozialen Fronten der *Capitalism 4.0* (Anatole Kaletsky) eröffnet. Sicher ist, dass dieser Kapitalismus nicht nur durch neue Formen des Zugriffs auf die Subjekte zu charakterisieren sein wird, sondern auch durch neue Formen des Zugriffs auf die sozialen und geographischen Räume. Ausgerüstet mit Drohnen und Satelliten hat die NATO in Afghanistan ein Experimentierfeld eröffnet, auf welchem neue

Technologien der Subsumtion geostrategischer Räume und der Kontrolle ihrer Bevölkerungen entwickelt und erprobt werden.

Zu hinterfragen ist die Rolle der Staaten in den Konzepten der Ernährungssouveränität und der Deglobalisierung. Staaten sind im Allgemeinen nicht die Beschützer ihrer Bevölkerungen, sondern Herrschaftsinstrumente im globalen Kontext. Nachdem Bello die Funktion der Staaten als Mittler der Strukturanpassung im Hauptteil des Buches so überzeugend herausgearbeitet hat, verwundert es, dass diese am Ende desselben zu Mittlern von Überlebensansprüchen der Unterklassen erklärt werden. Die Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen beruht auf Kämpfen und historischen Optionen, auf sozialen Bewegungen und ihren Aspirationen und Widerstandsformen. Es bleibt unwahrscheinlich, dass gutwillige Helden oder tapfere Organisatoren die Welt zum Guten verändern.

Während Bello Staaten als mögliche Mittler einer „Deglobalisierung“ begreift, blendet seine Beschreibung der Agrifood-Regimes den Widerstand der Bauern völlig aus. Aber die Bauern sind in allen historischen Phasen nicht nur die *underdogs* gewesen, sie haben mehr als nur ein dumpfes Gemurmel zur Geschichte beigetragen und waren in vielen historischen Konstellationen die geborenen Rebellen. Die Bauernaufstände im Europa des 14. Jahrhunderts waren, wie Marc Bloch geschrieben hat, „genauso untrennbar mit dem feudalherrschaftlichen Regime verbunden, wie es Streiks mit dem Großkapitalismus sind.“ Auch das 16. und das 17. Jahrhundert waren von Bauernaufständen geprägt. Die Subvention der Agrarproduktion bis in die heutige Zeit hat damit zu tun, dass die Bauern ihre Forderungen immer wieder mit Radikalität und Geschick zur Geltung gebracht haben. All dies fließt ein in die weltweiten *struggles for autonomy* der heutigen Bauern. In diesen Kämpfen geht es nicht nur um die Lebensinteressen der Bauern, sondern auch um ihre Verortung in einem Migrationsgeflecht zwischen Stadt und Land, also um Bauernarbeiterinnen und Slumbevölkerungen. Offenbar wird dieses Migrationsgeflecht in der Krise wieder dichter, was sich im Begriff der *repeasantization* niedergeschlagen hat. Wie

sich diese Kämpfe im gegenwärtigen Krisenjahrzehnt entwickeln, ist eine Frage des Überlebens für eine Millionenzahl von Kleinbauern und Landlosen im Globalen Süden.

*W. Bergmann*

**Michael Hardt / Antonio Negri, Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn, Campus: Frankfurt am Main u. a. 2010. 437 Seiten. € 34,90**

Inmitten des Strudels, durch den die LeserInnen am Ende der Trilogie von Negri und Hardt zu rudern gezwungen sind, wird „ein Mann namens Mohammed“ vorgestellt, der in Monrovia / Liberia „über mehrere tausend Männer verfügt haben soll“, die er für „eine Vielzahl unterschiedlicher informeller Jobs beliebig einsetzen kann“: „An einem Tag schickt er die Leute in eine illegale Diamantenmine im Südosten Liberias, am nächsten Tag entsendet er Arbeiter für eine Kautschukplantage in einen anderen Teil des Landes; es ist auch kein Problem, zweitausend Männer irgendwo aufmarschieren zu lassen, damit sie als ehemalige Kämpfer für ein Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogramm der Vereinten Nationen auftreten [...] und natürlich stehen die Männer auch für militärische Operationen zur Verfügung“ (S. 159 f.). Im Anschluss an die nachvollziehbare Feststellung, dass es sich hier um eine extrem prekarierte Gruppe, sogar um eine *population flottante* handele, folgt fast im selben Atemzug die These, dass diese Geschichte exemplarisch stehe für den Widerspruch zwischen der Kontrolle, die den Produzenten die Verfügung über die Zeit nimmt, und der Maßlosigkeit und Entgrenzung der Arbeit (S. 160). Es ist unmöglich, dieser Behauptung (und ganz allgemein diesem Text) gerecht zu werden, es sei denn, man will sich auf eine Kritik an der einseitigen und problematischen Verallgemeinerung beschränken, die unter anderem die unmittelbare existenzielle Bedrohung ignoriert, die jenen Män-

nern in Monrovia an ihren diversen Einsatzorten begegnet. Ersatzweise werde ich hier zunächst darstellen, wie Negri und Hardt das Ende ihrer groß angelegten Gegenwartsdiagnose gestaltet haben, also auf die Gestalt des Textes eingehen, um sodann einige fundamentale Zweifel an den Thesen zu notieren, mit denen Negri und Hardt ihre Hoffnung auf eine Erneuerung der globalen Kämpfe um Autonomie und Emanzipation illustrieren.

Negri und Hardt schreiben nicht, sie *weben*. Die Fäden, an denen sie fortwährend ziehen und die sie laufend miteinander verflechten, bilden ein Netz, das sich jedoch verselbstständigt, an manchen Stellen sogar in eine Art fliegenden Teppich verwandelt. Da insofern sowohl Unmögliches geschieht als auch der klare Bezug auf Raum und Zeit verloren geht, stellt sich von vornherein die Frage, wo dieser Teppich landen wird, und wie die Sache an ein Ende kommen kann, denn es handelt sich hier ja um das Ende einer Trilogie. Was sind die letzten Dinge, was sollte nach Meinung der Autoren *definitiv* gesagt werden? Um es gleich zu sagen: Eine Antwort scheint auf Grundlage der Textgestaltung, die auch eine inhaltliche Ordnung impliziert, unmöglich zu sein. Aber schon in formaler Hinsicht deutet sich an, dass es um alles geht, aber dass alles gar nicht (oder noch nicht) ausgesprochen werden kann. Es folgt eine rasende, wühlende Kreisbewegung durch Geschichte und Gegenwart. Der Text verselbstständigt sich und macht einen Gleitflug über die analytischen Ebenen und das Gebirge der Praxis hinweg.

Das Buch, das von Atzert und Wirthensohn kongenial übersetzt wurde, enthält sechs Kapitel: über die Republik, die Moderne, das Kapital, das Empire, das Jenseits und die Revolution. Zwischen diesen Kapiteln sind vielleicht alleinstehende, vielleicht jedoch auch zusammenfassende Texte eingeschoben. Um welche Sorte Text es sich handelt, das soll möglicherweise der Leser entscheiden, der jedoch möglicherweise damit überfordert sein wird. Die Knoten, durch die die verschiedenen Elemente des Buches miteinander verknüpft werden, sind Begriffe wie „Biomacht“, „Biopolitik“ und

„biopolitische Arbeit.“ Diese Begriffe werden aus der Adaption einer oppositionellen sozialwissenschaftlich-philosophischen Geschichte kondensiert, deren Leuchttürme Spinoza und Foucault sind. Insbesondere der Begriff der „Biopolitik“ verweist jedoch zugleich auf die operaistische Tradition, namentlich auf die Rezeption der Marx’schen *Grundrisse* und insofern auf die dort im Grunde nur sehr kurz und fragmentarisch ausgeführte Idee der Entwicklung eines *general intellect*, von dem die Autoren weiterhin vermuten, dass er den Konflikt zwischen Gebrauchswerten und den systematischen Prinzipien, durch die hindurch Kapital akkumuliert wird, auf die Spitze treiben wird. Die beschworene Figur verweist dabei im Grunde noch immer auf jenen historischen Sprung, der früher von der Arbeiterklasse erwartet wurde, die sich als „Klasse für sich“ politisch konstituierte und gerade dadurch an ihrem eigenen Verschwinden in der klassenlosen Gesellschaft arbeite. Allerdings wird dieses Modell eines Umschlags von der Identitätsfindung zur Allgemeinbildung im letzten Kapitel des Textes auf die Queer-Bewegung, auf migrantische Kämpfe und letztlich auf das Universum der sozialen Kämpfe in Gänze bezogen.

Für Negri und Hardt sind wir angesichts der dominanten Bedeutung der „Biomacht“, die nicht mehr allein die Arbeit, sondern das gesamte Leben reguliere, in diesem Beruf des Verschwindens heute einen großen Schritt weiter gekommen. Ein Ausdruck davon sei, dass sich die Sehnsucht nach dem Gemeinsamen, den *commons*, mittlerweile verallgemeinert habe. Auch dies soll im Begriff der „Biopolitik“ angezeigt werden. Aber vor allem geht es den Autoren nach wie vor um die Betonung der produktiven Dynamik einer „immateriellen Arbeit“, die, wie sie meinen, vielfältige Übertragungen zwischen den oben erwähnten Männern von Monrovia und, zum Beispiel, den Modedesignern von Milano erlaubt. Es wird behauptet, dass diese Produktivität die Grenzen verschoben habe, in denen Staat und Politik, Leben und Liebe gedacht und auch gemacht werden könnten. Denn der „eigentliche Kern“ dieser Verschiebung sei, so wird bereits im Vorwort verkündet, „die Produk-

tion der Subjektivität selbst.“ Auf dieser Grundlage „muss sich der Horizont der Ethik neu orientieren, von der Identität zum Werden“ (S. 12). Dabei wird das Gemeinsame nicht nur *angeeignet*, sondern im Kontext der dominanten Figur der „immateriellen Arbeit“ auch als Kommunikation, Wissen, Sorge um den Anderen *produziert*: Es ist, schreiben die Autoren mit Hinweis auf Foucault, „eine andere, alternative Produktion von Subjektivität [...], die der Macht nicht nur Widerstand leistet, sondern ihr gegenüber zugleich Autonomie sucht“ (S. 70). Im einem interessanten Exkurs über die „Metropole“ wird schließlich ausgeführt, dass die Ablösung des Industriekapitals durch das Finanzkapital als neuem zentralem Faktor der Wertschöpfung ein Ausdruck der aktuell immer vordringlicher werdenden Bedeutung der „Externalitäten“ sei, unter denen sodann eben jenes Gemeinsame verstanden wird, das insbesondere im urbanen und urbanisierten Raum als Produkt der „biopolitischen Arbeit“ entstehe: „Die Metropole ist [...] das, was für die industrielle Arbeiterklasse die Fabrik war“ (S. 270). Denn vor allem hier „wird das Kapital zu einem Hindernis für die Produktion von Reichtum“, „zu etwas dem Produktionsprozess Äußerlichen“ (S. 271). Bei Negri und Hardt fungiert der Begriffs-Ort „Metropole“ als Metapher für den Umstand, dass die „Gesellschaft als Ganze“ nunmehr „Hauptschauplatz produktiver Tätigkeit [die dort sogar im Singular stehen darf]“ sei (S. 302).

Endgültig hat hingegen, meinen die Autoren zum Beispiel auf Seite 304, „das Kapital seine produktive Funktion“ verloren. Nicht zum ersten Male wird hier der Niedergang der „Fabrikgesellschaft“ beschrieben, das Verschwinden jenes halb geschlossenen, diskreten Raums, der Disziplin der „Normalzeit“ und der abstrakten Herrschaft der Bürokratie. Negri und Hardt beschreiben, wie es auf der Grundlage der Revolten gegen die Fabrikgesellschaft in der „*signal crisis*“ der 1970er Jahre zu jener aktuellen „*final crisis*“ gekommen sei, in der der spezifische, historische Ort der Revolte verallgemeinert werde, und sogar jenes Gemeinsame *selbst sei*. Sie beschreiben eine Klasse von Maulwürfen, die, dem Untergrund entkommen,

nunmehr in die Position von *Singularitäten* versetzt sei und als solche *zunehmend* Potential einer Gesellschaft *werde*, die einerseits immanent als der Ort der Produktion und der Produktivität fungiere, andererseits dem Kapital äußerlich werde, so dass sie nur noch diese bereits sterbende Umhüllung abwerfen müsse, um ein Zusammenleben ohne Herrschaft und Unterdrückung zu etablieren. Soviel zu den Thesen. Wie werden sie illustriert, belegt, gegenüber möglicher (und längst formulierter) Kritik behauptet?

Wichtig scheint den beiden Autoren zu sein, immer wieder zu jenem Bruchpunkt zurückkehren, an dem sich eine „neue Subjektivierung / Subjektivität“ zeigt. Ich habe den Eindruck, dass sich hier – wenngleich nicht explizit – die dreifache historische Erfahrung insbesondere Negris manifestiert: der Protest gegen die Politik der Kommunistischen Partei in den frühen 1960er Jahren, die Erfahrung der Arbeiterrevolten um 1969 sowie die der neuen sozialen Kämpfe um 1977. Aber es ist keine Zeit zum Verweilen: Denn tatsächlich sei der Bruchpunkt, in dem sich die „neue Subjektivität“ zeige, *überall* (in der Vergangenheit, seit 2.000 Jahren bereits, sogar vor der Revolution). Aber damit ist er eben auch *nirgend*s (er ist eben „noch nicht“, etwas, das erwartet wird, gespürt, aber eben noch nicht auf die Welt gekommen ist). Das hat Folgen, auch für die Orte von 1960, 1969 und 1977, und für die konkreten historischen Erfahrungen, die wir dort finden könnten. Die Autoren *besuchen* diese Orte, aber sie *berühren* sie nicht. Das kann vorteilhaft sein, aber da es nicht reflektiert und auch methodisch nicht transparent gemacht wird, bleibt es bis zum Ende dabei, dass es keine Fragen gibt in diesem Buch, nur Antworten. Der Text kommt nicht zum Punkt. Immer wieder wird angekündigt, dass der Dialog mit den Lesenden über die existenziellen Probleme, um die es hier geht, angefangen werden soll. Aber irgendwie haben die Beiden immer gerade etwas anderes vor, und es kommt niemals zu einer Verabredung.

Für meinen Eindruck einer in dieser Weise entrinnenden Schreibweise spricht auch das Durcheinander, das in Bezug auf die

raum-zeitliche Verortung der Hauptdarstellerin, der sich selbst biopolitisch schaffenden Multitude, produziert wird. Von dieser Multitude heißt es, dass ihre Idee sich nicht allein in einer auf Spinoza zurückgehenden Denktradition, sondern dass sie sich auch – hier wird unter anderem Linebaughs und Redikers *Vielköpfige Hydra* wohlwollend rezipiert – in der Praxis der englischen und amerikanischen vorindustriellen Revolutionen des 16. bis 18. Jahrhunderts gezeigt habe. Es sei also eine Figur, die eine Geschichte erzählt. Andererseits sei es eine Figur, die, als Trägerin der räumlich und zeitlich entgrenzten Produktion, *selbst ist*. Und schließlich sei es eine Figur, die *noch nicht* ist, sondern die – als reine Potentialität – *zunehmend wird*. In diesem Zirkel bewegt sich der Text: Es geht um etwas, das war, ist, nicht war, nicht ist, noch wird und so weiter. Es ist ein Strudel, aber man wird nicht hineingezogen, obwohl die Autoren nach jedem Kapitel ankündigen, dass sie, nennen wir es ruhig offen so, eine Art Rezeptur präsentieren werden: „Welche Waffen [...] gewinnen den Kampf?“, fragen sie sich und die Lesenden auf Seite 374, aber am Ende, auf Seite 390, bleibt nur das Zitat eines Graffiti, das schon in den 1970er Jahren beliebt war und in dem es heißt, dass „sie [wer auch immer hier gemeint war, ist oder sein wird] durch unser Gelächter begraben werden.“

*Multitude* ist die Vorstellung von Klasse als einer Vielheit, die keinen zentralen Ort definiert, aber Verbindungen zwischen den Kontinenten herzustellen vermag und an deren Horizont die Grenzen zwischen den diversen Formen der Arbeit, dem schöpferischen Tun und dem politischen Handeln verfließen. Ähnliche Metaphern sind in den letzten Jahren nicht nur von Negri und Hardt, sondern von einem breiten Spektrum postoperaistischer und linksradikaler Autor\_innen evoziert worden, mal mehr, mal weniger poetisch, zwischen „Multitude“ und „Cyborg“. Es gibt allerdings verwandte Begriffe wie „dezentrierte Arbeiterklasse“ oder „Multiversum“, die vielleicht weniger plastisch sind, aber den unschätzbaren Vorteil haben, dass sie die Sache, um die es gehen soll, weniger als zusammengesetztes, virtuell handlungsfähiges Subjekt denn als *Konstella-*

tion zu begreifen versuchen, die, als solche, auf einen historischen Ort bezogen werden kann. Wie auch immer, die Arbeit an diesen Begriffen ist wichtig, zumal in ihr Widersprüche und Hierarchisierungen zur Sprache gebracht werden, die sich unter der Oberfläche der „Klasseneinheit“ verbergen. Aber gerade anhand des vorliegenden Buches stellt sich die Frage, ob dieses Begriffsarbeit zunehmend spekulativen oder sogar spirituellen Charakter annimmt oder ob zumindest einige zögerliche Schritte in Richtung einer forschenden Praxis unternommen werden, die die Erfahrungen und Kämpfe, um die es sich handelt, nicht nur metaphorisch besingt, sondern sich von ihnen auch überraschen und verändern lässt. Zwar verbeugen sich Negri und Hardt auch in *Common Wealth* immer wieder vor der Tradition des Arbeiterfragebogens und der militanten Untersuchung. Doch nirgends wird klar, wie das Training am Begriff, in dem wir uns gemeinsam mit dem intellektuellen Generalstab befinden, sich auf militant forschende Ansätze konkret beziehen ließe, zumal sämtliche vorkommenden Alltagssituationen, aber auch alle offen artikulierten sozialen Kämpfe, von den Auseinandersetzungen um den Zugang zu Wasser in La Paz, Bolivien, bis hin zu den Kämpfen in den französischen Banlieues, lediglich summarisch abgehandelt werden. Dies ist, meine ich, auch ein Defizit des Begriffes selbst: Als Multitude ist „Klasse“ in letzter Instanz ein Subjekt, eben etwas anderes als eine *Konstellation*, obwohl es doch vernünftigerweise relational bestimmt bleiben sollte, hört es nicht auf zu zappeln, ist voller Mucken und Spitzfindigkeiten, verschwindet aus der Fabrik, treibt sich überall herum, macht was es will, und macht sich im Zweifel auch dort aus dem Staub. Für Negri und Hardt ist, kurz gesagt, die „Klasse“ der Multitude nicht durch ein Verhältnis definiert, sie entsteht nicht in einer Bezugnahme, sondern sie ist nicht-relational, verdinglicht, und sie kommt sogar als Ding zur Welt. Paolo Virno weist hingegen in seiner *Grammatik der Multitude* recht dringlich darauf hin, dass die Auseinandersetzung um einen festen Wohnsitz für das Monster nicht zuletzt deshalb unabdingbar ist, weil es sich durchaus nicht nur

und nicht immer um einen sympathischen Zeitgenossen handeln könnte. Es scheint nämlich keineswegs ausgemacht, dass das Überschießende und Unkontrollierbare, das Negri und Hardt an der Multitude so schätzen, lediglich als Stimme aus einer emanzipierten Zukunft wirken wird – zum Beispiel könnte es ja auch ein Geräusch aus einer schrecklichen Vergangenheit sein. Denn sind Pogrome nicht auch Akte, die von einer Multitude veranstaltet werden können? Kommt es nicht mehr darauf an, worum gekämpft wird, sondern nur noch darauf, dass das Klassen-Ding eine Form behält, dass das Ding als solches existiert?

Dass die „Multitude kein spontanes politisches Projekt ist“, sondern „eines der Organisation“, wie auf Seite 183 bemerkt wird, ist keine Antwort auf diese zugegebene rhetorische Frage, auch deshalb nicht, weil Negri und Hardt auf keiner der fast vierhundert Seiten des Buches einen praktischen Bezug auf die Frage der *Organisation* entwickeln. Aber wenn wir uns schon unbedingt auf das Revoltieren als Motor der Geschichte beziehen möchten, sollten wir doch mindestens auf jeder vierhundertsten Seite daran denken, dass *non-normative actions*, also Revolten, die die vielen individuell eingeschliffenen Alltagsroutinen ebenso neu definieren wie die institutionellen Grenzen der Politik, eine historische Ausnahme darstellen. Sie markieren die Dynamik einer Situation, in die wir, ob als Generalstab oder als Fußvolk, nur *situativ* eingreifen können. Ein Eingreifen im engeren, technischen Sinne, ein *organisatorisches* oder *organisierendes* Eingreifen verstetigt hingegen die Revolten und legt sie zugleich still. Wie sich diese Ambivalenz jeweils konstituiert, ist eine Frage der Untersuchung, hingegen kann der Aufstand so oder so keinesfalls evoziert werden. Deshalb muss das Problem der Ambivalenz, der verschiedenen Register, die die Revolten ziehen und bedienen müssen, müssen ihre Vielsprachigkeit, Uneindeutigkeit, Mißverständlichkeit und ihr umkämpfter Charakter selbst dort berücksichtigt werden, wo es um Aktionen geht, mit denen wir zutiefst sympathisieren und deren Verallgemeinerung und Ausdehnung wir erträumen. Beispielsweise hat die Revolte in Griechenland

noch im Frühsommer des laufenden Jahres in der Linken eine heftige Debatte über die Frage der Militanz provoziert. Und in Athen gab es nicht nur drei tote Bankangestellte, die Opfer einer selbstständigen, sorglosen und ritualisierten Demonstrationsgewalt waren, sondern auch eine, wenngleich verhältnismäßig schwache, rechtsextreme Präsenz in den Protesten gegen die Austeritätspolitik. All das änderte nichts daran, dass wir diesen Aufstand für die Overture zu einer kommenden, europäischen Situation hielten. Möglicherweise meinten wir sogar, wir hörten – in dem Protest gegen die Polizeigewalt von 2009, den Aufständen gegen das Zerschlagen sozialer Ansprüche von 2010, dem oft erfolgreichen Versuch, Freiräume inmitten der kapitalistischen Gesellschaft zu konstituieren – tatsächlich eine *Stimme aus der Zukunft*. Aber dennoch wird von dem, was die Geschichte auch dieser Revolte sein wird, nichts Substantielles bleiben, sondern lediglich die Erinnerung an eine *Artikulation*, an eine spezifische historische Situation, in der die sozialen Verhältnisse und Konflikte zum Ausdruck gebracht worden sind und damit offen lagen. Die Bezugnahme, die auf dieser Grundlage in den kommenden Kämpfen möglich ist, ist eine, die die Potentiale der Befreiung sichtbar macht, die dort *ausgesprochen* worden sind, eingebettet in ein Kräftefeld, in dem gleichwohl auch ernsthaft von Gefahren und Katastrophen zu sprechen ist, von der Präsenz der Konterrevolution.

Für Negri und Hardt sind die Revolten dagegen wie Katzen im Dunkeln, sie sind alle grau, und es scheint Aufgabe der Analytiker zu sein, sie bunt anzumalen. Überall dort, wo es im Text um historische und aktuelle soziale Konflikte geht, fehlen empirische Merkmale, konkretes Handeln, jegliche spezifische Position, die Revolten haben in der Tat keinerlei Verbindung miteinander, sind nur „potentiell“, und sie stehen ganz allein auf der großen Bühne dieser „anderen“ Weltgeschichte. Es sind leere Subjekte, ohne Eigenschaften. Die laufenden Beschwörungen sind in Bezug auf die wirkliche Bewegung wirklich unpassend, während sie dem monströsen Charakter des Textes angemessen zu sein scheinen: Es geht um die An-

rufung eines Geistes. Ähnlich verhält es sich mit der Auseinandersetzung um die Veränderungen innerhalb der Produktion.

Die These von der wachsenden Dominanz der „Immaterialität“ innerhalb des Arbeitsprozesses ist häufig hinterfragt worden. Deshalb beschränke ich mich hier auf das zu Beginn gegebene Beispiel jenes Arbeiter-Schwarms, den jener Mann in Monrovia „beliebig“, wie es heißt, in die Diamantenminen oder den Krieg ziehen lassen kann. Auf derselben Seite, auf der diese hässliche Geschichte einer absoluten Unterwerfung und potentiellen Vernichtung der Soldaten-Arbeitenden geschrieben wird, erklären Negri und Hardt, was die wesentlichen Inhalte der heutigen Produktivität (und ihrer systemfeindlichen Potentialität) seien: „Gedanken und Bilder verfertigen, Affekte hervorbringen“ (S. 161). Es wird dabei nicht näher erörtert, was die armen jungen Männer von Monrovia auf ihrer Reise in die Mine verfertigen und welche Affekte sie an der Front produzieren. Sicher scheint mir allerdings, dass ihr Beispiel von der ob schon verbesserungswürdigen Idylle, die die Tätigkeit eines Grafikers im Hamburger Schanzenviertel (oder eines Redakteurs einer akademischen Zeitschrift) umgibt, sehr weit entfernt liegt. Letztlich trägt die These die Schwäche in sich, dass sie ebenso unspezifisch argumentiert wie jene ungeheure Multitude zu kämpfen scheint. Zwar lassen sich solidarische Beziehungen lediglich in Bezug auf das Gemeinsame herstellen, aber nur insofern es nicht allein als *Begriff* fungiert. Mit der Kritik an der mangelnden historischen Verortung jener „Immaterialität“ möchte ich nicht suggerieren, dass eine *andere Dominante* im der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit näher liegt als jene, die Negri und Hardt evozieren. Doch die wesentlichen Merkmale, mit der „Immaterialität“ assoziiert wird, sind nicht einmal für den kleinen Ausschnitt der beispielsweise im vorliegenden Heft von *Sozial.Geschichte Online* diskutierten Arbeits- und Lebensverhältnisse hinreichend oder charakteristisch.

Die politische Konstituierung der Weltarbeiterinnenklasse verläuft nicht linear, gehorcht keinem Stufenmodell, sondern ist Resultat der verstreuten und ungleichzeitigen Artikulation der Revol-

ten, die sich mit der widersprüchlichen Gestaltung der weltweiten Arbeitsteilung verbinden. Das bedeutet, dass Konflikte nicht erst im Verlauf der Revolte *entstehen*. Allerdings werden sie in derselben, wie erwähnt, *artikulierte*. Es mag zum Beispiel sein, dass die Massenkämpfe in Frankreich und Italien Ende der 1960er Jahre, diese Eruptionen mit ihren vielen Millionen Beteiligten, dem Fordismus in Westeuropa die Totenglocken geläutet haben. Aber die Fabrik – und da würden Negri und Hardt sicher zustimmen – war immer eine durch vielfältige soziale Antagonismen geprägte Einrichtung, und Ford'sche wie Taylor'sche Strategien waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein Versuch, eine migrantisch geprägte Schicht von Massenarbeiter\_innen zu disziplinieren – also eine Reaktion auf eine, mitunter latente, mitunter offene Alltags-Opposition. Auch in der Bundesrepublik begann die Revolte gegen das Fließband nicht am 20. August 1973, als ein türkischer Arbeiter in den Fordwerken in Köln-Niehl „Schluss jetzt!“ rief (was in den paar Wochen darauf die Presse und seitdem die Forschung in Atem hielt), sondern zehn, zwanzig oder fünfzig Jahre vorher, als ein ganz anderer, namentlich nicht bekannter Arbeiter einen Schraubenschlüssel in das Band warf, um sich eine Zigarettenpause zu gönnen. Das bedeutet aber auch, dass die chinesischen Bauern-Arbeiter\_innen, die in vorliegendem Heft im Artikel von Pun Ngai und Lu Huilin zum Sprechen gebracht werden, einen *ähnlichen* Kampf um die Autonomie der Migration und gegen die Ordnung der Fabrik führen, während dieser Kampf aber zugleich etwas *gänzlich Neues* darstellt. Im Bild einer Verallgemeinerung immaterieller Produktivität verschwindet diese Spannung zwischen Analogie (als Aktualisierung *anderer* historischer Erfahrungen) und Konstitution (als Bestimmung des *je spezifischen* Konflikts), der die sozialen Kämpfe meines Erachtens stets strukturiert.

Negri und Hardt richten den Blick auf die Veränderung der Arbeitsprozesse sowie die Bewegungsformen der Arbeitenden. Das ist sehr wichtig. Doch eine konkrete Bezugnahme zwischen diesen entsteht nicht wesentlich auf der Grundlage einer neuen Stufe der

Produktivität, die sich wie ein Automat verselbstständigt und dem Kapital über den Kopf wächst. Wie Negri und Hardt selbst immer wieder betonen, ist das jeweils Neue mit einem Traum von persönlicher und kollektiver Autonomie verbunden, und es steht in einem gegensätzlichen Verhältnis zu einer Gesellschaft, die durch die Inwertsetzung des Lebens, der Arbeit und dessen, was Negri und Hardt als das Gemeinsame bezeichnen, geprägt ist. Veränderungen werden jedoch auf der Grundlage biographischer Erfahrungen, durch antagonistisches soziales Handeln angestoßen, zu dem auch und noch immer das *Anhalten* und *Aufhalten* der kapitalistischen Maschinerie gehört. In diesem Handeln geht es eher um den Protest gegen persönliche Versehrtheit und für menschliche Solidarität und Würde als um einen undurchdringbaren Produktivismus, gleichgültig, ob dieser nun als emanzipatorisch gedacht wird oder nicht. Es handelt sich also nicht um eine bloße Technik, die erlernt werden kann, nicht einmal um eine soziale Technik, es geht um keine bestimmte Form der Assoziation, um kein Potential und kein Produkt, sondern um eine Möglichkeit, die plötzlich aufscheint und den Blick auf den Horizont öffnet: Das „Glück“, von dem Negri und Hardt auf S. 383 f. sprechen, ist immer zum Greifen nahe, aber es ist auch immer etwas Neues, wenngleich es sich an einigen Punkten der Geschichte verdichtet, an denen die Gelegenheit besteht, sie ausgehend von den sozialen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerungen zu erzählen. Die Aufzeichnung beispielsweise der Geschichte von Xin, wie in vorliegendem Heft, und die Vermittlung von ähnlichen Erfahrungen gehören zu den Voraussetzungen dessen. Die Konstellationen, in denen solche Geschichten multipliziert werden, können jedoch nicht artifiziell produziert, sondern lediglich analysiert werden. Die „Produktivität der Multitude“ erscheint bei Negri und Hardt hingegen als etwas, das den Prozess der Produktion in eine politische Praxis verwandelt, insofern Letztere produktives Wissen, Analyse und Konstitution miteinander kurzschließt. Selbst das Schreiben wird als unmittelbarer Teil einer Praxis der Revolte verstanden. Es ist durchaus zu be-

fürchten, dass jener Lenin, der sich im Laufe des Textes auffällig häufig verabschiedet (S. 98, 102, 128, 189, 253, 306, 310), vermittels der Vorstellung einer solchen Unmittelbarkeit durch die Hintertür wieder den Raum betreten wird. Zumindest könnte sich in diesem Raum eine selbst ernannte Avantgarde frei bewegen, weil sie sich nicht mehr um die banalen Probleme der Vermittlung und der Repräsentation scheren muss.

Der Produktivismus, ein alter Hut der Arbeiterbewegung, den lange kaum jemand aufsetzen mochte, verwandelt schließlich auch die Sicht auf die *Eigenschaften*, die sich die immateriell und entgrenzt Arbeitenden aneignen: *Selbstorganisation*, *Selbstregierung* und *Selbstherrschaft* erscheinen in *Common Wealth* einerseits (vom Standpunkt der Produktivität aus betrachtet) als „Externalitäten“, andererseits (vom Standpunkt der Multitude) als das „Gemeinsame“: „Zur für die biopolitische Produktion erforderlichen Freiheit gehört auch das Vermögen, soziale Beziehungen aufzubauen und autonome gesellschaftliche Institutionen zu schaffen. Eine mögliche Reform, um solche Fähigkeiten zu entwickeln, ist die Einführung von Mechanismen partizipatorischer Demokratie auf allen Regierungsebenen, damit die Multitude gesellschaftliche Kooperation und Selbstregierung lernen kann“ (S. 318). An dieser Stelle des Textes verwandelt sich das ungeheure, monströse, exzessive, vielarmige Wesen, das an unzähligen anderen Stellen des Textes in einer faszinierenden Sprache skizziert wird, für einen Moment in den Teilnehmer einer Bildungsmaßnahme, eines Trainings oder einer Therapie. Den Satz, dass „Demokratie etwas ist, das man nur *by doing* lernen kann“ (ebd.), würde auch die Grüne Jugend oder die Junge Union unterschreiben. So fungiert ja die Inwertsetzung sozialer Beziehungen und territorialer Positionen heute in der Metropole nicht zuletzt vermittels einer solchen, instrumentell angelegten Partizipation. Zwar ist es richtig, die (übrigens nicht mehr ganz so neuen) Techniken der Selbstregulierung als „Nadelöhr“ zu betrachten, in dem und denen gegenüber Kollektivität sich erst herstellen muss. Aber gerade aus dieser Sicht erscheint es notwendig, eine

Kritik der Partizipation *in ihren konkreten Ausprägungen* zu formulieren, eine Kritik, die diese Ausprägungen auch als Formen der Fremdanerkennung und Herrschaft zu begreifen vermag – und nicht lediglich als Produktivkraft, die es zu „trainieren“ gilt. Und vielleicht sollte auch nicht darauf gehofft werden, dass systemimmanente Formen der Selbstermächtigung letztlich dazu beitragen werden, dass sich das System als solches als „unsinnig erweist und in sich zusammenfällt“ (S. 316). Es passt zwar zum Programm des Campus-Verlags, der ansonsten mittlerweile mehrheitlich betriebswirtschaftlichen Unfug veröffentlicht, allerlei „Hemmnisse der Autonomie der Arbeit“ bekämpfen zu wollen (S. 318). Dennoch muss gesagt werden, dass partizipatorische Regimes, unabhängig davon, ob sie gegenüber SGB-II-Empfänger\_innen oder Automobilarbeitenden in Anschlag gebracht werden, einerseits vielfach zur Eindämmung der Artikulationsmöglichkeiten der Betroffenen beitragen, andererseits nicht erst aktuell werden, wenn „die Akkumulation von Macht und Fähigkeiten die Schwelle überschreitet“ (S. 320). Die Verdrängung von Oppositions- und Widerstandspotentialen, die die aktuelle Krise in der Bundesrepublik *bislang* kennzeichnet, hat meines Erachtens nicht nur, aber auch damit zu tun, dass das *Selbstregieren* in der Entwicklung der Städte ebenso wie auf dem Arbeitsmarkt im Norden Europas weiter entwickelt ist als in anderen Weltregionen. So nutzt der Hinweis darauf, dass die Multitude sich im Jubeljahr „selbst regieren wird“ (ebd.), denen nicht viel, die heute dazu verdammt werden, in den endlosen Schleifen der „aktivierenden“ Bürokratie an solchem „Totengraben“ teilzuhaben.

Negri und Hardt unterschieden systematisch zwischen „Opposition“ und „Subversion“, wobei sie offenbar „nicht oppositionellen und subversiven [= an die Immanenz des dezentrierten Regierens anknüpfenden, P. B.] Reaktionen“ den Vorzug geben (S. 379). Das mag richtig sein, es ist eine Geschmacksfrage, und auch die mit dieser Setzung einhergehende Abgrenzung gegenüber einer „Gegenmacht, die den bestehenden staatlichen Strukturen entspricht“ (S. 378) wird ja ganz zu recht von vielen Autorinnen geteilt, die das Schicksal der

traditionellen, verstaatlichten Arbeiterbewegung kennen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Hoffnung, dass mit der „Subversion“ kein Staat gemacht werden kann, vor dem Hintergrund der eben angedeuteten Erfahrungen mit dem „aktivierenden“ Staat berechtigt ist.

Alles in allem treibt Negri und Hardt nach wie vor das Bedürfnis um, *neu anzufangen*. Das ist nachvollziehbar, ebenso wie die Forderung nach einer sozialen Bewegung, die durch einen kritischen Umgang mit identitären Kämpfen um Arbeit, Geschlechterverhältnisse und Migration gekennzeichnet ist. Die von den Autoren erhobene Forderung nach „Intersektionalität“ kann vielleicht ein Ausgangspunkt für eine Suche nach einer solchen nicht-identitären Bewegung sein. Doch allzu dringlich bestehen die Autoren auf das *Positive*, das einen solchen Neuanfang zu prägen hätte: „Natürlich sind den Menschen die voll ausgebildeten Fähigkeiten, sich selbst zu regieren, Konflikte zu lösen, dauerhafte, beglückende Beziehungen einzugehen, nicht angeboren, aber in uns allen steckt ein Potential zu all dem“ (S. 384). Wieder und wieder wird erklärt, wie dieses Potential entwickelt, eingeübt, trainiert werden müsse: „Es handelt sich um die Erkenntnis, dass Menschen erziehbar sind“ (ebd.). Unermüdlich wird davor gewarnt, dass es sich um einen schwierigen Wandlungsprozess handle. Ungebrochen bleibt die Hoffnung, dass es jetzt, endlich, um nichts weniger gehe als um die „Abschaffung der Familie und der Nation“. Und nichts hält die Autoren davon ab, weiterhin zu verkünden, dass jetzt, endlich, die „Revolution auf der Tagesordnung“ stehe, ein Prozess, in dem „wir schrecklich zu leiden haben, aber [...] gleichwohl vor Freude lachen [werden]“ (S. 390). Am Ende der Trilogie gibt es zu viele Engel und Teufel, zu viel Inferno und Paradies, zu viel Erlösung und Verdammnis, Ungeheuer und Wolken, Rauch und Rauschen – zu viel Beschwörung, und zu wenig Ironie.

*Peter Birke*